



Eltern- und Kinderrechte in der Sonderschule

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsmaßnahmen

Eine Erläuterung der verfahrenstechnischen Schutzvorkehrungen, die nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Ausbildung von Menschen mit Behinderungen (IDEA) verfügbar sind
UND
die Colorado Regeln für die Verwaltung des Außergewöhnlichen Kinderbildungsgesetzes (Exceptional Children's Educational Act, ECEA)

Das Individuen mit Behinderungen Bildungsgesetz (Individuals with Disabilities Education Act, IDEA), das Bundesgesetz über die Erziehung von Schülern mit Behinderungen, schreibt vor, dass Schulen Eltern eines behinderten Kindes einen Hinweis geben müssen, der eine vollständige Erklärung der verfahrensrechtlichen Garantien enthält, die nach den Vorschriften des IDEA und des US-Bildungsministeriums verfügbar sind. Eine Kopie dieser Mitteilung muss den Eltern nur einmal im Schuljahr ausgehändigt werden, mit der Ausnahme, dass eine Kopie an die Eltern weitergegeben werden muss: (1) nach erstmaliger Überweisung oder Elternantrag auf Bewertung; (2) nach Erhalt der ersten staatlichen Beschwerde und nach Erhalt der ersten Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren in einem Schuljahr; (3) wenn eine Entscheidung getroffen wird, eine Disziplinarmaßnahme zu ergreifen, die eine Änderung der Platzierung darstellt; und (4) auf Elternantrag. [34 CFR §300.504(a)]



Colorado Bildungsministerium

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsmaßnahmen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Geändert am 01.07.11

Inhalt

Allgemeine Informationen	1
Vorherige schriftliche Mitteilung	1
Muttersprache	2
Elektronische Post	2
Zustimmung der Eltern - Definition	2
Zustimmung der Eltern	3
Unabhängige Bildungsevaluierungen	5
Vertraulichkeit von Informationen	6
Definitionen	6
Persönlich identifizierbar	7
Mitteilung an die Eltern	7
Zugriffsrechte	7
Zugangsprotokoll	8
Aufzeichnungen über mehr als ein Kind	8
Liste der Arten und Standorte von Informationen	8
Gebühren	8
Änderung der Aufzeichnungen auf Antrag der Eltern	8
Gelegenheit zu einer Anhörung	9
Anhörungsverfahren	9
Anhörungsresultat	9
Zustimmung zur Weitergabe personenbezogener Daten	9
Sicherheitshinweise	10
Vernichtung von Informationen	10
Staatliche Beschwerdeverfahren	10
Unterschied zwischen ordentlichem Gerichtsverfahren-Beschwerde und staatlichem Beschwerdeverfahren	10
Einleitung von staatlichen Beschwerdeverfahren	11
Minimale staatliche Beschwerdeverfahren	11
Einreichung einer Beschwerde	12
Beschwerdeverfahren im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens	13
Einreichung einer Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren	13
Beschwerde im Rahmen des ordentlichen Gerichtsverfahrens	13
Die Unterbringung des Kindes, während die Beschwerde und Anhörung im Rahmen des ordentlichen Gerichtsverfahrens noch ausstehen	15
Modellformulare	15
Mediation	16
Beilegungsverfahren	17
Anhörungen zu Beschwerden über ein ordentliches Gerichtsverfahren	19
Unparteiische Anhörung im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens	19
Anhörungsrechte	20
Anhörungsentscheidungen	20
Endgültigkeit der Entscheidung	21
Fristen und Machbarkeit der Anhörungen und Überprüfungen	21
Zivilklagen, einschließlich der Frist für die Einreichung dieser Klagen	22
Anwaltskosten	22

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsmaßnahmen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

Verfahren bei der Strafverfolgung von Kindern mit Behinderungen	24
Autorität des Schulpersonals	24
Platzierungswechsel aufgrund von disziplinarischen Entlassungen	26
Bestimmung der Ausgangslage	27
Berufung (Beschleunigte Anhörungsverfahren im Rahmen des ordentlichen Gerichtsverfahrens).....	27
Platzierung während der Berufung.....	28
Schutz von Kindern, die noch keinen Anspruch auf Sonderschulbildung und damit verbundene Dienstleistungen haben.....	28
Verweisung an und Maßnahmen von Strafverfolgungs- und Justizbehörden	29
 Anforderungen an die einseitige Unterbringung von Kindern in Privatschulen durch Eltern auf öffentliche Kosten.....	 30
Allgemeines.....	30

Eltern-Ressourcen

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsmaßnahmen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

VORHERIGE SCHRIFTLICHE MITTEILUNG

34 CFR §300.503

Hinweis

Die Verwaltungseinheit¹ oder das staatliche Programm² muss Sie schriftlich benachrichtigen (Ihnen bestimmte Informationen schriftlich zur Verfügung stellen), wann immer folgendes der Fall ist:

1. Vorschläge zur Einleitung oder Änderung der Identifizierung, Bewertung oder Bildungsplatzierung Ihres Kindes oder der Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für Ihr Kind; **oder**
2. Verweigerung, die Identifizierung, Bewertung oder Bildungsplatzierung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind einzuleiten oder zu ändern.

Inhalt der Mitteilung

Die schriftliche Mitteilung muss:

1. Beschreiben Sie die Maßnahmen, die die Verwaltungseinheit³ vorschlägt oder ablehnt;
2. Erläutern Sie, warum die Verwaltungseinheit die Maßnahme vorschlägt oder ablehnt;
3. Beschreiben Sie jedes Bewertungsverfahren, jede Bewertung, jede Aufzeichnung oder jeden Bericht der Verwaltungseinheit, die bei der Entscheidung über den Vorschlag oder die Ablehnung der Maßnahme verwendet wird;
4. Fügen Sie eine Erklärung bei, dass Sie über Schutzmaßnahmen im Rahmen der Verfahrensgarantien in Teil B des Ausbildungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen (Individuals with Disabilities Education Act, IDEA) verfügen;
5. Wie können Sie eine Beschreibung der Verfahrensgarantien erhalten, wenn die Maßnahme, die die Verwaltungseinheit vorschlägt oder ablehnt, keine erste Verweisung zur Bewertung ist?
6. Fügen Sie Ressourcen hinzu, an die Sie sich wenden können, um Hilfe beim Verständnis von Teil B der IDEA zu erhalten;
7. Beschreiben Sie alle anderen Entscheidungen, die das IEP-Team (individualized education program, zu deutsch: individualisiertes Bildungsprogramm) Ihres Kindes berücksichtigt hat, und die Gründe, warum diese Entscheidungen abgelehnt wurden; **und**
8. Geben Sie eine Beschreibung anderer Gründe an, warum die Verwaltungseinheit die Klage vorgeschlagen oder abgelehnt hat.

Hinweis in verständlicher Sprache

Der Hinweis muss lauten:

1. Geschrieben in einer für die breite Öffentlichkeit verständlichen Sprache; **und**
2. In Ihrer Muttersprache oder einer anderen von Ihnen verwendeten Kommunikationsform, es sei denn, dies ist eindeutig nicht möglich.

¹ Unter einer Verwaltungseinheit versteht man einen Schulbezirk, einen Kooperationsverband oder das staatliche Charter-Schulinstitut, das Bildungsleistungen für außergewöhnliche Kinder erbringt.

² Staatlich betriebenes Programm bedeutet ein genehmigtes Schulprogramm, das von der Abteilung beaufsichtigt und von der Colorado Schule für Gehörlose und Blinde, der Abteilung für Strafvollzug oder dem Ministerium für Humandienstleistungen betrieben wird, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Abteilung für Jugendkorrekturen und die Institute für psychische Gesundheit in Fort Logan und Pueblo.

³ Für die Zwecke dieses Dokuments bedeutet die Verwendung des Begriffs "Verwaltungseinheit" auch die staatlichen Programme.

Wenn Ihre Muttersprache oder eine andere Art der Kommunikation keine Schriftsprache ist, muss die Verwaltungseinheit dies sicherstellen:

1. Der Hinweis wird für Sie mündlich mit anderen Mitteln in Ihrer Muttersprache oder einer anderen Art der Kommunikation übersetzt;
2. Sie verstehen den Inhalt der Mitteilung; **und**
3. Es gibt schriftliche Beweise dafür, dass die Werte 1 und 2 erfüllt sind.

MUTTERSPRACHE

34 CFR §300.29

Muttersprache, bedeutet Folgendes, wenn sie mit einer Person verwendet wird, die nur begrenzte Englischkenntnisse hat:

1. Die Sprache, die normalerweise von dieser Person verwendet wird, oder, im Falle eines Kindes, die Sprache, die normalerweise von den Eltern des Kindes verwendet wird;
2. Bei jedem direkten Kontakt mit einem Kind (einschließlich der Beurteilung des Kindes) die Sprache, die das Kind normalerweise im Haushalt oder in der Lernumgebung verwendet.

Für eine Person mit Taubheit oder Blindheit oder für eine Person ohne Schriftsprache ist die Art der Kommunikation das, was die Person normalerweise verwendet (z.B. Zeichensprache, Blindenschrift oder mündliche Kommunikation).

ELEKTRONISCHE POST

34 CFR §300.505

Wenn die Verwaltungseinheit den Eltern die Möglichkeit bietet, Dokumente per E-Mail zu erhalten, können Sie Folgendes per E-Mail erhalten:

1. Schriftliche Vorankündigung;
2. Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen; **und**
3. Mitteilungen im Zusammenhang mit einer Beschwerde im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens.

ZUSTIMMUNG DER ELTERN - DEFINITION

34 CFR §300.9

Zustimmung bedeutet:

1. Sie wurden in Ihrer Muttersprache oder einer anderen Art der Kommunikation (z.B. Gebärdensprache, Blindenschrift oder mündliche Kommunikation) vollständig über alle Informationen über die Handlung informiert, für die Sie Ihre Zustimmung geben;
2. Sie verstehen und stimmen dieser Aktion schriftlich zu, und die Zustimmung beschreibt diese Aktion und listet die Datensätze (falls vorhanden) auf, die freigegeben werden und an wen;
3. Sie verstehen, dass Ihre Einwilligung freiwillig ist, Sie können Ihre Einwilligung jederzeit zurückziehen (widerrufen), aber Ihr Widerruf der Einwilligung verneint (aufheben) eine Handlung nicht, die stattgefunden hat, nachdem Sie Ihre Einwilligung erteilt und bevor Sie sie widerrufen haben;
4. Wenn Sie Ihre Einwilligung zum Erhalt von Sonderschulleistungen durch Ihr Kind schriftlich widerrufen (zurücknehmen) *nach* hat Ihr Kind mit dem Erhalt von Sonderschulunterricht und damit zusammenhängenden Dienstleistungen begonnen, ist die Verwaltungseinheit nicht verpflichtet, die Bildungsunterlagen Ihres Kindes dahingehend anzupassen (zu ändern), dass alle Hinweise, dass Ihr Kind Sonderschulunterricht und damit verbundene Dienstleistungen erhalten hat, entfernt werden.

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

ZUSTIMMUNG DER ELTERN

34 CFR §300.300

Zustimmung zur Erstbewertung

Die Verwaltungseinheit kann keine Erstbewertung Ihres Kindes durchführen, um festzustellen, ob Ihr Kind nach Teil B der IDEA zum Erhalt von Sonderpädagogik und damit zusammenhängenden Dienstleistungen berechtigt ist, ohne Sie vorher schriftlich über die geplante Maßnahme zu informieren und Ihre Zustimmung einzuholen, wie unter den Überschriften **Schriftliche Vorankündigung** und **Elterliche Zustimmung beschrieben**.

Die Verwaltungseinheit muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um Ihre Einwilligung nach Aufklärung für eine erste Bewertung einzuholen, um zu entscheiden, ob Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist.

Ihre Einwilligung zur ersten Bewertung bedeutet nicht, dass Sie auch Ihre Einwilligung gegeben haben, dass die Verwaltungseinheit mit der Sonderschulbildung und den damit verbundenen Dienstleistungen für Ihr Kind beginnt.

Die Verwaltungseinheit darf Ihre Weigerung, einer Dienstleistung oder Tätigkeit im Zusammenhang mit der ersten Bewertung zuzustimmen, nicht als Grundlage dafür verwenden, Ihnen oder Ihrem Kind andere Dienstleistungen, Leistungen oder Tätigkeiten zu verweigern, es sei denn, eine andere Anforderung des Teils B verlangt dies von der Verwaltung.

Wenn Ihr Kind in einer öffentlichen Schule eingeschrieben ist oder Sie versuchen, Ihr Kind in eine öffentliche Schule einzuschreiben und Sie sich geweigert haben, die Einwilligung zu erteilen oder nicht auf eine Anfrage zur Erteilung der Einwilligung für eine Erstbewertung geantwortet haben, kann die Verwaltungseinheit, ist aber nicht verpflichtet, eine Erstbewertung Ihres Kindes durchzuführen, indem sie IDEAs Mediations- oder ordentlichen Gerichtsverfahrens-Beschwerde, Beschlusssitzungen und unparteiische ordentliche Gerichtsverfahren durchführt (es sei denn, dies ist nach staatlichem Recht erforderlich oder verboten). Die Verwaltungseinheit wird nicht gegen ihre Verpflichtungen zur Lokalisierung, Identifizierung und Bewertung Ihres Kindes verstoßen, wenn sie unter diesen Umständen keine Bewertung Ihres Kindes durchführt, es sei denn, die staatlichen Rechtsvorschriften verlangen, dass sie die Bewertung durchführt.

Besondere Regeln für die Erstbewertung von ein Mündel des Staates

Wenn ein Kind eine Vormundschaft des Staates ist und nicht bei seinen Eltern lebt —

Die Verwaltungseinheit benötigt keine Zustimmung des Elternteils für eine erste Bewertung, um festzustellen, ob das Kind ein Kind mit einer Behinderung ist:

1. Trotz angemessener Bemühungen kann die Verwaltungseinheit den Elternteil des Kindes nicht finden;
2. Die Rechte der Eltern wurden in Übereinstimmung mit dem Landesrecht gekündigt; **oder**
3. Ein Richter hat das Recht, Bildungsentscheidungen zu treffen und eine Erstbewertung an eine andere Person als den Elternteil zu übertragen.

Mündel des Staates, wie sie in der IDEA verwendet wird, ist ein Kind, das sich, wie vom Staat, in dem das Kind lebt, bestimmt, befindet:

1. Ein Pflegekind;
2. Betrachtet eine Mündel des Staates nach Landesrecht; **oder**
3. In der Obhut eines öffentlichen Kinderhilfswerks.

Ein Mündel des Staates umfasst nicht ein Pflegekind, das einen Pflegeelternteil hat.

Einwilligung der Eltern für Dienstleistungen

Die Verwaltungseinheit muss Ihre Einwilligung nach Aufklärung einholen, bevor sie Ihrem Kind zum ersten Mal eine spezielle Ausbildung und damit verbundene Dienstleistungen anbietet.

Die Verwaltungseinheit muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um Ihre Einwilligung nach Aufklärung einzuholen, bevor sie Ihrem Kind zum ersten Mal eine spezielle Ausbildung und damit verbundene Dienstleistungen anbietet.

Wenn Sie auf eine Aufforderung, Ihre Einwilligung zur Erlangung einer Sonderpädagogik und damit zusammenhängender Dienstleistungen *zum ersten Mal*, für Ihr Kind zu erteilen, nicht antworten, oder wenn Sie sich weigern, diese Einwilligung zu erteilen oder Ihre Einwilligung später schriftlich widerrufen (aufheben), kann die Verwaltungseinheit die Verfahrensgarantien Sicherheitsvorkehrungen (d.h. Mediationsverfahren, Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren, Beschlusssitzung oder ein unparteiisches ordentliches Gerichtsverfahren) nicht nutzen, um eine Vereinbarung oder eine Entscheidung zu treffen, dass die Sonderpädagogik oder damit zusammenhängende Dienstleistungen (empfohlen durch das IEP-Team) Ihrem Kind ohne Ihre Zustimmung zur Verfügung gestellt werden können.

Wenn Sie sich weigern, Ihre Einwilligung zum ersten Mal zu erteilen, wenn Sie auf eine Aufforderung zur Erteilung einer solchen Einwilligung nicht antworten oder Ihre Einwilligung später schriftlich widerrufen (aufheben) und die Verwaltungseinheit Ihrem Kind daher nicht die Sonderausbildung und den damit verbundenen Service, für die sie Ihre Einwilligung eingeholt hat, anbietet, die Verwaltungseinheit:

1. Nicht gegen die Verpflichtung verstößt, Ihrem Kind eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung (free appropriate public education, FAPE) zur Verfügung zu stellen, weil es diese spezielle Bildung und damit verbundene Dienstleistungen für Ihr Kind nicht erbracht hat; und
2. Es ist nicht erforderlich, ein individuelles Treffen des individuellen Bildungsprogramms (IEP) abzuhalten oder ein IEP für Ihr Kind für die Sonderausbildung oder damit verbundene Dienstleistungen zu entwickeln, für die Ihre Zustimmung angefordert wurde.

Wenn Sie Ihre Einwilligung schriftlich widerrufen (aufheben), nachdem Ihr Kind zum ersten Mal eine Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen erhalten hat, darf die Verwaltungseinheit diese Dienstleistungen nicht mehr erbringen, sondern muss Sie, wie unter der Überschrift **Schriftliche Vorankündigung**, beschrieben, vorher schriftlich informieren, bevor sie diese Dienstleistungen einstellt.

Zustimmung der Eltern für Neubewertungen

Die Verwaltungseinheit muss Ihre Einwilligung nach Aufklärung einholen, bevor sie Ihr Kind neu bewertet, es sei denn, die Verwaltungseinheit kann folgendes nachweisen:

1. Es wurden angemessene Schritte unternommen, um Ihre Zustimmung zur Neubewertung Ihres Kindes einzuholen; **und**
2. Sie haben nicht geantwortet.

Wenn Sie sich weigern, der Neubewertung Ihres Kindes zuzustimmen, kann die Verwaltungseinheit, ist aber nicht verpflichtet, die Neubewertung Ihres Kindes fortsetzen, indem sie die Mediation, die Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren, die Beschlusssitzung und die unparteiischen ordentlichen Gerichtsverfahrens-Anhörung übergeht, um Ihre Weigerung zu übergehen, der Neubewertung Ihres Kindes zuzustimmen. Wie bei der Erstbewertung verstößt die Verwaltungseinheit nicht gegen ihre Verpflichtungen aus Teil B der IDEA, wenn sie sich weigert, die Neubewertung auf diese Weise durchzuführen.

Dokumentation der angemessenen Anstrengungen zur Einholung der elterlichen Zustimmung

Die Verwaltungseinheit muss eine Dokumentation der angemessenen Anstrengungen führen, um die elterliche Zustimmung für Erstbewertungen einzuholen, erstmals Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen zu erbringen, und für Erstbewertungen Eltern von Mündeln des Staates neu zu bewerten und zu finden. Die Dokumentation muss einen Nachweis über die Versuche der Verwaltungseinheit in diesen Bereichen enthalten, wie z.B.:

1. Detaillierte Aufzeichnungen über getätigte oder versuchte Telefonate und die Ergebnisse dieser Gespräche;
2. Kopien der an Sie gesendeten Korrespondenz und alle erhaltenen Antworten; **und**

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

3. Detaillierte Aufzeichnungen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder am Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Weitere Zustimmungserfordernisse

Ihre Zustimmung ist vor der Verwaltungseinheit nicht erforderlich:

1. Überprüfung vorhandener Daten im Rahmen der Bewertung Ihres Kindes oder einer Neubewertung; oder
2. Gibt Ihrem Kind einen Test oder eine andere Bewertung, die allen Kindern gegeben wird, es sei denn, vor diesem Test oder dieser Bewertung ist die Zustimmung aller Eltern aller Kinder erforderlich.

Die Verwaltungseinheit darf Ihre Weigerung, einer Dienstleistung oder Aktivität zuzustimmen, nicht nutzen, um Ihnen oder Ihrem Kind eine andere Dienstleistung, Leistung oder Aktivität zu verweigern.

Wenn Sie Ihr Kind auf eigene Kosten in eine Privatschule eingeschrieben haben oder wenn Sie Ihr Kind zu Hause unterrichten und Sie Ihre Einwilligung für die Erstbewertung Ihres Kindes oder die Neubewertung Ihres Kindes nicht erteilen oder auf eine Aufforderung zur Einreichung Ihrer Einwilligung nicht antworten, darf die Verwaltungseinheit nicht auf ihre Einwilligungsüberschreitungsverfahren zurückgreifen (z.B. Mediation, ordentlichen Gerichtsverfahrens-Beschwerde, Beschlusssitzung oder eine unparteiische ordentliche Gerichtsverfahrens-Anhörung) und ist nicht verpflichtet, Ihr Kind für berechtigt zu halten, gerechte Dienstleistungen zu erhalten (d.h. Dienstleistungen, die für elterlich platzierte Privatschüler mit Behinderungen bereitgestellt werden).

UNABHÄNGIGE BILDUNGSEVALUIERUNGEN

34 CFR §300.502

Allgemeines

Wie im Folgenden beschrieben, haben Sie das Recht, eine unabhängige Bildungsbewertung (Independent Educational Evaluation, IEE) Ihres Kindes zu erhalten, wenn Sie mit der von der Verwaltungseinheit durchgeführten Bewertung Ihres Kindes nicht einverstanden sind.

Wenn Sie ein IEE anfordern, muss die Verwaltungseinheit Ihnen Informationen darüber geben, wo Sie ein IEE erhalten können und welche Kriterien die Verwaltungseinheit für IEEs anwendet.

Definitionen

Unabhängige Bildungsevaluierung bezeichnet eine Bewertung durch einen qualifizierten Prüfer, der nicht bei der für die Bildung Ihres Kindes zuständigen Verwaltungseinheit beschäftigt ist.

Öffentliche Ausgaben bedeutet, dass die Verwaltungseinheit entweder die vollen Kosten der Bewertung übernimmt oder sicherstellt, dass die Bewertung anderweitig kostenlos für Sie bereitgestellt wird, im Einklang mit den Bestimmungen von Teil B der IDEA, die es jedem Staat erlaubt, alle staatlichen, lokalen, föderalen und privaten Unterstützungsquellen zu nutzen, die im Staat verfügbar sind, um die Anforderungen von Teil B des Gesetzes zu erfüllen.

Elternrecht auf Evaluation aus öffentlichen Mitteln

Sie haben das Recht auf ein IEE Ihres Kindes aus öffentlichen Mitteln, wenn Sie mit einer von der Verwaltungseinheit durchgeführten Bewertung Ihres Kindes unter den folgenden Bedingungen nicht einverstanden sind:

1. Wenn Sie ein IEE Ihres Kindes aus öffentlichen Mitteln beantragen, muss die Verwaltungseinheit dies ohne unnötige Verzögerung tun: (a) eine Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren einreichen, um eine Anhörung zu beantragen, um nachzuweisen, dass die Bewertung Ihres Kindes angemessen ist; oder (b) ein IEE aus öffentlichen Mitteln bereitstellen, es sei denn, die Verwaltungseinheit weist in einer Anhörung nach, dass die Bewertung Ihres Kindes, die Sie erhalten haben, nicht die Kriterien der Verwaltungseinheit erfüllt hat.
2. Wenn die Verwaltungseinheit eine Anhörung beantragt und die endgültige Entscheidung getroffen wird, dass die Bewertung Ihres Kindes durch die Verwaltungseinheit angemessen ist, haben Sie weiterhin das Recht auf ein IEE, jedoch nicht aus öffentliche Mitteln.

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

3. Wenn Sie ein IEE Ihres Kindes anfordern, kann die Verwaltungseinheit fragen, warum Sie gegen die von der Verwaltungseinheit erhaltene Bewertung Ihres Kindes sind. Die Verwaltungseinheit kann jedoch nicht verlangen, dass Sie eine Erklärung abgeben, und sie kann nicht unangemessen verzögern, weder die Bereitstellung des IEE Ihres Kindes aus öffentlichen Mitteln noch die Einreichung einer Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren, um eine Anhörung über ein ordentliches Gerichtsverfahren zur Verteidigung der Bewertung Ihres Kindes durch die Verwaltungseinheit zu beantragen.

Sie haben Anspruch auf nur eine unabhängige Bildungsbewertung Ihres Kindes aus öffentlichen Mitteln, wenn die Verwaltungseinheit eine Bewertung Ihres Kindes durchführt, mit der Sie nicht einverstanden sind.

Von Eltern initiierte Bewertungen

Wenn Sie eine unabhängige Bildungsbewertung Ihres Kindes aus öffentlichen Mitteln erhalten oder Sie mit der Verwaltungseinheit eine Bewertung Ihres Kindes teilen, die Sie auf private Kosten erhalten haben:

1. Die Verwaltungseinheit muss die Ergebnisse der Bewertung Ihres Kindes, wenn es die Kriterien der Verwaltungseinheit für IEEs erfüllt, bei jeder Entscheidung berücksichtigen, die in Bezug auf die Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für Ihr Kind getroffen wird; **und**
2. Sie oder die Verwaltungseinheit können die Bewertung als Beweismittel bei einer Anhörung im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens in Bezug auf Ihr Kind vorlegen.

Ersuchungen für Begutachtungen durch Verwaltungsrichter

Wenn ein Verwaltungsrichter im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens eine unabhängige Bildungsbewertung Ihres Kindes verlangt, müssen die Kosten für die Bewertung aus öffentlichen Mitteln getragen werden.

Kriterien der Verwaltungseinheit

Wenn eine unabhängige Bildungsbewertung aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, müssen die Kriterien, nach denen die Bewertung durchgeführt wird, einschließlich des Ortes der Bewertung und der Qualifikation des Prüfers, mit den Kriterien übereinstimmen, die die Verwaltungseinheit bei der Einleitung einer Bewertung verwendet (soweit diese Kriterien mit Ihrem Recht auf eine unabhängige Bildungsbewertung vereinbar sind).

Mit Ausnahme der vorstehend beschriebenen Kriterien darf eine Verwaltungseinheit keine Bedingungen oder Fristen vorschreiben, die sich auf die Einholung einer unabhängigen Bildungsbewertung aus öffentlichen Mitteln beziehen.

VERTRAULICHKEIT VON INFORMATIONEN

DEFINITIONEN

34 CFR §300.611

Wie unter der Überschrift **Vertraulichkeit von Informationen verwendet**:

Zerstörung bedeutet physische Zerstörung oder Entfernung von persönlichen Identifikatoren aus Informationen, so dass die Informationen nicht mehr persönlich identifizierbar sind.

Bildungsaufzeichnungen bezeichnet die Art von Aufzeichnungen, die unter die Definition von "Bildungsaufzeichnungen" in 34 CFR Part 99 (die Vorschriften zur Umsetzung des Familienbildungsgesetzes und Datenschutzes von 1974, 20 U.S.C. 1232g (FERPA)) fallen.

Teilnehmende Agentur bezeichnet jede öffentliche Agentur oder Institution, die personenbezogene Daten sammelt, pflegt oder verwendet oder von der Informationen im Rahmen von Teil B der IDEA erhalten werden.

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

PERSÖNLICH IDENTIFIZIERBAR

34 CFR §300.32

Persönlich identifizierbar bedeutet Informationen, die Folgendes enthalten:

- (a) Den Namen Ihres Kindes, Ihren Namen als Elternteil oder den Namen eines anderen Familienmitglieds;
- (b) Die Adresse Ihres Kindes;
- (c) Eine persönliche Kennung, wie z.B. die Sozialversicherungsnummer oder die Studentenummer Ihres Kindes; **oder**
- (d) Eine Liste von persönlichen Merkmalen oder anderen Informationen, die es ermöglichen würden, Ihr Kind mit hinreichender Sicherheit zu identifizieren.

MITTEILUNG AN DIE ELTERN

34 CFR §300.612

Das Bildungsministerium von Colorado (CDE) muss eine Mitteilung machen, die ausreicht, um die Eltern vollständig über die Vertraulichkeit personenbezogener Daten zu informieren, einschließlich:

1. Eine Beschreibung des Umfangs, in dem die Mitteilung in den Muttersprachen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Staates erfolgt;
2. Eine Beschreibung der Kinder, über die personenbezogene Daten gespeichert werden, die Art der gesuchten Informationen, die Methoden, die der Staat bei der Erhebung der Informationen anzuwenden gedenkt (einschließlich der Quellen, aus denen die Informationen gesammelt werden), und die Verwendung der Informationen;
3. Eine Zusammenfassung der Richtlinien und Verfahren, die die teilnehmenden Agenturen in Bezug auf die Speicherung, Weitergabe an Dritte, Speicherung und Vernichtung von personenbezogenen Daten befolgen müssen; **und**
4. Eine Beschreibung aller Rechte von Eltern und Kindern an diesen Informationen, einschließlich der Rechte nach dem Familienbildungsgesetz und dem Datenschutzgesetz (FERPA) und seinen Durchführungsbestimmungen in 34 CFR Part 99.

Vor jeder größeren Identifizierungs-, Standort- oder Bewertungsaktivität (auch bekannt als „Kinderfund“) muss die Mitteilung in Zeitungen oder anderen Medien oder beidem veröffentlicht oder angekündigt werden, wobei die Verbreitung so bemessen sein muss, dass die Eltern im gesamten Staat über die Aktivität zur Lokalisierung, Identifizierung und Bewertung von Kindern, die eine spezielle Ausbildung und damit verbundene Dienstleistungen benötigen, informiert werden.

ZUGRIFFSRECHTE

34 CFR §300.613

Die teilnehmende Agentur muss Ihnen gestatten, alle Bildungsunterlagen über Ihr Kind einzusehen und zu überprüfen, die von der Verwaltungseinheit im Rahmen von Teil B der IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden. Die teilnehmende Agentur muss Ihrer Aufforderung nachkommen, alle Bildungsunterlagen über Ihr Kind unverzüglich und vor jeder Sitzung über ein individualisiertes Bildungsprogramm (IEP) oder eine unparteiische Anhörung (einschließlich einer Resolutionssitzung oder einer Anhörung über die Disziplin), spätestens jedoch 45 Kalendertage nach Ihrer Anfrage, einzusehen und zu überprüfen.

Ihr Recht auf Einsicht und Überprüfung der Ausbildungsunterlagen umfasst:

1. Ihr Recht auf eine Antwort der teilnehmenden Agentur auf Ihre begründeten Anfragen nach Erklärungen und Auslegungen der Aufzeichnungen;
2. Ihr Recht, von der teilnehmenden Agentur Kopien der Aufzeichnungen zu verlangen, wenn Sie die Aufzeichnungen nicht effektiv einsehen und überprüfen können, es sei denn, Sie erhalten diese Kopien; **und**

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

3. Ihr Recht, dass Ihr Vertreter die Aufzeichnungen einsieht und überprüft.

Die teilnehmende Agentur kann davon ausgehen, dass Sie befugt sind, Aufzeichnungen über Ihr Kind einzusehen und zu überprüfen, es sei denn, sie haben nicht die Befugnis nach dem anwendbaren nationalen Recht in Bezug auf Angelegenheiten wie Vormundschaft, Trennung und Scheidung.

ZUGANGSPROTOKOLL

34 CFR §300.614

Jede teilnehmende Agentur muss Aufzeichnungen über die Parteien führen, die Zugang zu den im Rahmen von Teil B der IDEA gesammelten, gepflegten oder verwendeten Bildungsunterlagen erhalten (mit Ausnahme des Zugangs von Eltern und autorisierten Mitarbeitern der teilnehmenden Agentur), einschließlich des Namens der Partei, des Datums, zu dem der Zugang gewährt wurde und des Zwecks, für den die Partei berechtigt ist, die Aufzeichnungen zu verwenden.

AUFZEICHNUNGEN ÜBER MEHR ALS EIN KIND

34 CFR §300.615

Enthält ein Bildungsnachweis Informationen über mehr als ein Kind, haben die Eltern dieser Kinder das Recht, nur die Informationen über ihr Kind zu überprüfen und zu kontrollieren oder über diese spezifischen Informationen informiert zu werden.

LISTE DER ARTEN UND STANDORTE VON INFORMATIONEN

34 CFR §300.616

Auf Anfrage muss Ihnen jede teilnehmende Agentur eine Liste der Arten und Orte der von der Agentur gesammelten, gepflegten oder verwendeten Bildungsunterlagen zur Verfügung stellen.

GEBÜHREN

34 CFR §300.617

Jede teilnehmende Agentur kann eine Gebühr für Kopien von Aufzeichnungen erheben, die für Sie im Rahmen von Teil B der IDEA angefertigt werden, wenn die Gebühr Sie nicht wirksam daran hindert, von Ihrem Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung dieser Aufzeichnungen Gebrauch zu machen.

Eine teilnehmende Agentur darf keine Gebühr für die Suche nach oder den Abruf von Informationen gemäß Teil B der IDEA erheben.

ÄNDERUNG DER AUFZEICHNUNGEN AUF ANTRAG DER ELTERN

34 CFR §300.618

Wenn Sie der Meinung sind, dass Informationen in den Schulungsunterlagen über Ihr Kind, die im Rahmen von Teil B der IDEA gesammelt, gepflegt oder verwendet wurden, ungenau, irreführend oder gegen die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verstoßen, können Sie die teilnehmende Agentur, die die Informationen verwaltet, auffordern, die Informationen zu ändern.

Die teilnehmende Agentur muss innerhalb einer angemessenen Frist nach Eingang Ihrer Anfrage entscheiden, ob sie die Informationen gemäß Ihrer Anfrage ändert.

Wenn die teilnehmende Agentur sich weigert, die Informationen gemäß Ihrer Anfrage zu ändern, muss sie Sie über die Ablehnung informieren und Sie über das Recht auf eine Anhörung zu diesem Zweck informieren, wie unter der Überschrift **Gelegenheit zu einer Anhörung beschrieben**.

GELEGENHEIT ZU EINER ANHÖRUNG

34 CFR §300.619

Die teilnehmende Agentur muss Ihnen auf Anfrage die Möglichkeit geben, Informationen in den Schulunterlagen über Ihr Kind anzufechten, um sicherzustellen, dass diese nicht ungenau, irreführend oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen.

ANHÖRUNGSVERFAHREN

34 CFR §300.621

Eine Anhörung zur Anfechtung von Informationen in Bildungsunterlagen muss gemäß den Verfahren für solche Anhörungen nach dem Familienbildungsgesetz und Datenschutzgesetz (FERPA) durchgeführt werden.

ANHÖRUNGSERGEBNIS

34 CFR §300.620

Wenn die teilnehmende Agentur aufgrund der Anhörung entscheidet, dass die Informationen unrichtig, irreführend oder anderweitig gegen die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verstoßen, muss sie die Informationen entsprechend ändern und Sie schriftlich informieren.

Wenn die teilnehmende Agentur aufgrund der Anhörung feststellt, dass die Informationen nicht unrichtig, irreführend oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, muss sie Sie über Ihr Recht informieren, in die Aufzeichnungen, die sie über Ihr Kind führt, eine Erklärung aufzunehmen, in der sie die Informationen kommentiert oder Gründe angibt, aus denen Sie mit der Entscheidung der teilnehmenden Agentur nicht einverstanden sind.

Eine solche Erklärung in den Aufzeichnungen Ihres Kindes muss:

1. Von der teilnehmenden Agentur als Teil der Aufzeichnungen Ihres Kindes aufbewahrt werden, solange die Aufzeichnung oder der angefochtene Teil von der teilnehmenden Agentur aufbewahrt wird; **und**
2. Wenn die teilnehmende Agentur die Aufzeichnungen über Ihr Kind oder den angefochtenen Teil an einen Dritten weitergibt, muss die Erklärung auch an diesen Dritten weitergegeben werden.

ZUSTIMMUNG ZUR WEITERGABE PERSONENBEZOGENER DATEN

34 CFR §300.622

Sofern die Informationen nicht in Bildungsaufzeichnungen enthalten sind und die Offenlegung ohne elterliche Zustimmung gemäß dem Familienbildungsgesetz und dem Datenschutzgesetz (FERPA) genehmigt ist, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten an andere Parteien als Beamte der teilnehmenden Behörden weitergegeben werden. Mit Ausnahme der unten genannten Umstände ist Ihre Zustimmung nicht erforderlich, bevor personenbezogene Daten an Beamte der teilnehmenden Agenturen weitergegeben werden, um eine Anforderung von Teil B der IDEA zu erfüllen.

Ihre Einwilligung oder Zustimmung eines in Frage kommenden Kindes, das nach staatlichem Recht die Volljährigkeit erreicht hat, muss eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten an Beamte von teilnehmenden Stellen weitergegeben werden, die Übergangsdienste bereitstellen oder bezahlen.

Wenn Ihr Kind in einer Privatschule ist oder gehen wird, die sich nicht in derselben Verwaltungseinheit befindet, in der Sie wohnen, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten über Ihr Kind zwischen Beamten der Verwaltungseinheit, in der sich die Privatschule befindet, und Beamten der Verwaltungseinheit, in der Sie wohnen, weitergegeben werden.

SICHERHEITSHINWEISE

34 CFR §300.623

Jede teilnehmende Behörde muss die Vertraulichkeit personenbezogener Daten in den Phasen der Erfassung, Speicherung, Offenlegung und Vernichtung schützen.

Ein Beamter jeder teilnehmenden Agentur muss die Verantwortung für die Gewährleistung der Vertraulichkeit aller personenbezogenen Daten übernehmen.

Alle Personen, die personenbezogene Daten sammeln oder verwenden, müssen eine Schulung oder Anweisung in Bezug auf die Richtlinien und Verfahren Ihres Staates bezüglich der Vertraulichkeit gemäß Teil B der IDEA und dem Familienbildungsgesetz und dem Datenschutzgesetz (FERPA) erhalten.

Jede teilnehmende Agentur muss zur öffentlichen Einsichtnahme eine aktuelle Liste der Namen und Positionen derjenigen Mitarbeiter innerhalb der Agentur führen, die Zugang zu personenbezogenen Daten haben können.

VERNICHTUNG VON INFORMATIONEN

34 CFR §300.624

Die Verwaltungseinheit muss Sie informieren, wenn personenbezogene Daten, die gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden, nicht mehr benötigt werden, um Ihrem Kind Bildungsdienstleistungen anzubieten.

Die Informationen müssen auf Ihren Wunsch hin vernichtet werden. Eine permanente Aufzeichnung des Namens, der Adresse und der Telefonnummer Ihres Kindes, seiner Noten, der Anwesenheit, der besuchten Kurse, der absolvierten Schulstufe und des abgeschlossenen Jahres kann jedoch ohne zeitliche Begrenzung geführt werden.

STAATLICHE BESCHWERDEVERFAHREN

UNTERSCHIED ZWISCHEN ORDENTLICHEM GERICHTSVERFAHREN UND STAATLICHEM BESCHWERDEVERFAHREN

Die Vorschriften für Teil B der IDEA sehen getrennte Verfahren für staatliche Beschwerden und für Beschwerden im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens vor. Wie nachstehend erläutert, kann jede Einzelperson oder Organisation eine unterzeichnete, schriftliche Staats- Beschwerde einreichen, in der behauptet wird, dass eine Verwaltungseinheit oder das Colorado Bildungsministerium (CDE) gegen eine Anforderung von Teil B verstoßen hat. Nur ein Elternteil oder eine Verwaltungseinheit kann eine ordentliches Gerichtsverfahren Beschwerde zu jeder Angelegenheit im Zusammenhang mit einem Vorschlag oder einer Weigerung, die Identifizierung, Bewertung oder Bildungsplatzierung eines behinderten Kindes einzuleiten oder zu ändern, oder die Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für das Kind einreichen. Im Allgemeinen muss der staatliche Beschwerdeoffizier des CDE eine Staats Beschwerde innerhalb einer Frist von 60 Kalendertagen lösen, es sei denn, die Frist wird ordnungsgemäß verlängert. Im Gegensatz dazu muss ein Verwaltungsrichter (ALJ) eine ordentliches Gerichtsverfahren Beschwerde (wenn sie nicht durch eine Beschlusssitzung oder durch Mediation gelöst wird) lösen und innerhalb von 45 Kalendertagen nach Ablauf der Beschlussfrist eine schriftliche Entscheidung treffen, wie in diesem Dokument unter der Überschrift **Resolution Process**. Auf Antrag einer der Parteien kann der ALJ eine spezifische Verlängerung des fälligen Prozesses Beschwerdefrist gewähren. Die Staatsbeschwerde, die Beschwerde über das ordnungsgemäße Verfahren, die Beschlusssitzungen und die Verfahren zur Anhörung werden im Folgenden ausführlicher beschrieben.

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

EINLEITUNG VON STAATLICHEN BESCHWERDEVERFAHREN

34 CFR §300.151

Allgemeines

Das CDE muss über schriftliche Verfahren verfügen für:

1. Beilegung jeder Beschwerde, einschließlich einer Beschwerde, die von einem Unternehmen oder einer Person aus einem anderen Staat eingereicht wurde;
2. Die Einreichung einer Beschwerde beim CDE; und
3. Weitgehende Verbreitung der staatlichen Beschwerdeverfahren an Eltern und anderen interessierten Personen, einschließlich Eltern-Ausbildungs- und Informationszentren, Schutz- und Interessenvertretungsbehörden, unabhängige Lebenszentren und andere geeignete Einrichtungen.

Rechtsmittel bei Verweigerung geeigneter Dienste

Bei der Lösung einer Staatsbeschwerde, bei der das CDE festgestellt hat, dass es keine geeigneten Dienstleistungen erbringt, muss sich das CDE an Sie wenden:

1. Das Versäumnis, angemessene Dienstleistungen zu erbringen, einschließlich Korrekturmaßnahmen, die den Bedürfnissen des Kindes entsprechen; **und**
2. Die angemessene zukünftige Bereitstellung von Dienstleistungen für alle Kinder mit Behinderungen.

MINIMALE STAATLICHE BESCHWERDEVERFAHREN

34 CFR §300.152

Frist; Mindestverfahren

Das CDE muss in seinen staatlichen Beschwerdeverfahren eine Frist von 60 Kalendertagen nach Einreichung einer Beschwerde vorsehen:

1. Führen Sie eine unabhängige Untersuchung vor Ort durch, wenn der CDE feststellt, dass eine Untersuchung erforderlich ist;
2. Geben Sie dem Beschwerdeführer die Möglichkeit, mündlich oder schriftlich zusätzliche Informationen über die in der Beschwerde enthaltenen Vorwürfe vorzulegen;
3. Geben Sie der Verwaltungseinheit die Möglichkeit, auf die Beschwerde zu antworten, mindestens jedoch: (a) nach Wahl der Agentur einen Vorschlag zur Lösung der Beschwerde; **und** (b) eine Möglichkeit für einen Elternteil, der eine Beschwerde eingereicht hat, und der Agentur, sich freiwillig auf eine Mediation zu einigen;
4. Überprüfung aller relevanten Informationen und unabhängige Feststellung, ob die Verwaltungseinheit gegen eine Anforderung von Teil B der IDEA verstößt; **und**
5. Eine schriftliche Entscheidung an den Beschwerdeführer richten, die jede Behauptung in der Beschwerde behandelt und enthält: (a) Feststellungen von Fakten und Schlussfolgerungen; **und** (b) die Gründe für die endgültige Entscheidung des CDE.

Fristverlängerung; endgültige Entscheidung; Umsetzung

Die oben beschriebenen Verfahren des CDE müssen ebenfalls:

1. Eine Verlängerung der 60 Kalendertage-Frist ist nur zulässig, wenn: (a) außergewöhnliche Umstände in Bezug auf eine bestimmte staatliche Beschwerde vorliegen; **oder** (b) Sie und die Verwaltungseinheit oder eine andere beteiligte öffentliche Stelle vereinbaren freiwillig, die Frist zur Lösung der Angelegenheit durch Mediation oder alternative Mittel zur Streitbeilegung zu verlängern.

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

2. Verfahren für eine wirksame Umsetzung der endgültigen Entscheidung des CDE, falls erforderlich, einbeziehen, einschließlich: (a) Tätigkeiten der technischen Hilfe; (b) Verhandlungen; **und** (c) Korrekturmaßnahmen zur Erreichung der Vorschriften.

Staatliche Beschwerden und Anhörungen im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens

Wenn eine schriftliche Staatsbeschwerde eingeht, die auch Gegenstand einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens ist, wie nachstehend unter der Überschrift **Eine Beschwerde im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens einreichen**, beschrieben, oder die Staatsbeschwerde mehrere Fragen enthält, von denen eine oder mehrere Teil einer solchen Anhörung sind, muss der Staat die Staatsbeschwerde oder einen Teil der Staatsbeschwerde, die in der Anhörung im Rahmen des ordnungsgemäßen Verfahrens behandelt wird, bis zum Ende der Anhörung zurückstellen. Jedes Problem in der Staatsbeschwerde, das nicht Teil der Anhörung zum ordentlichen Gerichtsverfahren ist, muss unter Einhaltung der oben beschriebenen Fristen und Verfahren gelöst werden.

Wenn eine in einer Staatsbeschwerde aufgeworfene Frage zuvor in einer ordentlichen Gerichtsverfahrensverhandlung mit denselben Parteien (Ihnen und der Verwaltungseinheit) entschieden wurde, ist die Entscheidung über die Anhörung im Rahmen der ordentlichen Gerichtsverfahren für diese Frage verbindlich, und der CDE muss den Beschwerdeführer darüber informieren, dass die Entscheidung verbindlich ist.

Eine Beschwerde, in der behauptet wird, dass eine Verwaltungseinheit eine Anhörungsentscheidung nicht umgesetzt hat, muss vom CDE gelöst werden.

EINREICHUNG EINER BESCHWERDE

34 CFR §300.153

Eine Organisation oder Einzelperson kann eine unterzeichnete schriftliche staatliche Beschwerde nach den oben beschriebenen Verfahren einreichen.

Die Staatsanwaltschaft muss Folgendes enthalten:

1. Eine Erklärung, dass eine Verwaltungseinheit gegen eine Anforderung von Teil B der IDEA oder deren Vorschriften verstoßen hat;
2. Die Fakten, auf denen die Aussage basiert;
3. die Unterschrift und die Kontaktinformationen für die Partei, die die Beschwerde einreicht; und
4. Bei Vorwürfen von Verstößen gegen ein bestimmtes Kind:
 - (a) Der Name des Kindes und die Adresse des Wohnsitzes des Kindes;
 - (b) Der Name der Schule, die das Kind besucht;
 - (c) Im Falle eines obdachlosen Kindes oder Jugendlichen, verfügbare Kontaktinformationen für das Kind und der Name der Schule, die das Kind besucht;
 - (d) Eine Beschreibung der Art des Problems des Kindes, einschließlich Fakten, die sich auf das Problem beziehen **und**
 - (e) Ein Lösungsvorschlag für das Problem, soweit er dem Antragsteller zum Zeitpunkt der Einreichung der Beschwerde bekannt und verfügbar ist.

Die Beschwerde muss einen Verstoß geltend machen, der nicht mehr als ein Jahr vor dem Datum des Eingangs der Beschwerde wie unter der Überschrift **Einleitung staatlicher Beschwerdeverfahren beschrieben aufgetreten ist**.

Die Partei, die die staatliche Beschwerde einreicht, muss eine Kopie der Beschwerde an die Verwaltungseinheit weiterleiten, die dem Kind dient, während die Partei gleichzeitig die Beschwerde beim CDE einreicht.

Weitere Informationen zu den Verfahren und Formularen für staatliche Beschwerden des CDE erhalten Sie, wenn Sie die außerordentliche Führungseinheit für Schüler des CDE unter (303)866-6694 anrufen oder die Webseite des CDE zur Beilegung von Streitigkeiten besuchen: <http://www.cde.state.co.us/spedlaw/info.htm>.

BESCHWERDEVERFAHREN IM RAHMEN EINES ORDENTLICHEN GERICHTSVERFAHRENS

EINREICHUNG EINER BESCHWERDE ÜBER EIN ORDENTLICHES GERICHTSVERFAHREN

34 CFR §300.507

Allgemeines

Sie oder die Verwaltungseinheit können eine Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren in Bezug auf einen Vorschlag oder eine Weigerung, die Identifizierung, Bewertung oder Bildungsplatzierung Ihres Kindes einzuleiten oder zu ändern, oder die Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für Ihr Kind einreichen.

Die Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren muss einen Verstoß enthalten, der nicht länger als zwei Jahre zurückliegt, bevor Sie oder die Verwaltungseinheit von der angeblichen Maßnahme, die die Grundlage für die Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren bildet, Kenntnis hatten oder hätten haben müssen.

Die oben genannte Zeitleiste gilt nicht für Sie, wenn Sie eine Beschwerde über einen fälligen Prozess nicht innerhalb der Zeitleiste einreichen konnten, weil:

1. Die Verwaltungseinheit hat ausdrücklich falsch dargestellt, dass sie die in der Beschwerde festgestellten Probleme gelöst hat; **oder**
2. Die Verwaltungseinheit hat Ihnen Informationen vorenthalten, dass es erforderlich war, Sie gemäß Teil B der IDEA zu informieren.

Informationen für Eltern

Die Verwaltungseinheit muss Sie über alle kostenlosen oder kostengünstigen rechtlichen und anderen relevanten Dienstleistungen informieren, die in der Region verfügbar sind, wenn Sie die Informationen anfordern oder wenn Sie oder die Verwaltungseinheit eine Beschwerde einreichen.

BESCHWERDE IM RAHMEN DES ORDENTLICHEN GERICHTSVERFAHRENS

34 CFR §300.508

Allgemeines

Um eine Anhörung zu beantragen, müssen Sie oder die Verwaltungseinheit (oder Ihr Anwalt oder der Anwalt der Verwaltungseinheit) eine Beschwerde bei der anderen Partei einreichen. Diese Beschwerde muss alle unten aufgeführten Inhalte enthalten und vertraulich behandelt werden.

Sie oder die Verwaltungseinheit, unabhängig davon, wer die Beschwerde eingereicht hat, müssen auch dem Bildungsministerium von Colorado (CDE) eine Kopie der Beschwerde zur Verfügung stellen.

Inhalt der Beschwerde

Die Beschwerde im Rahmen des ordentlichen Gerichtsverfahrens muss Folgendes beinhalten:

1. Den Namen des Kindes;
2. Die Adresse des Wohnortes des Kindes;
3. Den Namen der Schule des Kindes;

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

4. Wenn das Kind ein obdachloses Kind oder Jugendlicher ist, die Kontaktdaten des Kindes und den Namen der Schule des Kindes;
5. Eine Beschreibung der Art des Problems des Kindes im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen oder abgelehnten Maßnahme, einschließlich Fakten im Zusammenhang mit dem Problem; **und**
6. Ein Lösungsvorschlag für das Problem, soweit er Ihnen oder der Verwaltungseinheit zu diesem Zeitpunkt bekannt und verfügbar ist.

Benachrichtigung vor einer Anhörung über eine Beschwerde wegen eines ordnungsgemäßen Verfahrens erforderlich

Sie oder die Verwaltungseinheit haben möglicherweise keine Anhörung zu einem fälligen Verfahren, bis Sie oder die Verwaltungseinheit (oder Ihr Anwalt oder der Anwalt der Verwaltungseinheit) eine Beschwerde zu einem fälligen Verfahren einreichen, die die oben aufgeführten Informationen enthält.

Angemessenheit der Beschwerde

Damit eine Beschwerde im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens eingereicht werden kann, muss sie als ausreichend angesehen werden. Die Ordentliche-Gerichtsverfahren-Beschwerde gilt als ausreichend (die oben beschriebenen inhaltlichen Anforderungen erfüllt zu haben), es sei denn, die Partei, die die Ordentliche-Gerichtsverfahren-Beschwerde erhält (Sie oder die Verwaltungseinheit) benachrichtigt den zuständigen Verwaltungsrichter (ALJ) und die andere Partei schriftlich innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde, dass die empfangende Partei der Ansicht ist, dass die Ordentliche-Gerichtsverfahren-Beschwerde nicht den oben genannten Anforderungen entspricht.

Innerhalb von fünf Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung, dass Sie oder die Verwaltungseinheit eine Beschwerde über einen fälligen ordentlichen Gerichtsverfahren für unzureichend halten, muss der ALJ entscheiden, ob die Beschwerde über einen fälligen ordentlichen Gerichtsverfahren den oben genannten Anforderungen entspricht, und Sie und die Verwaltungseinheit unverzüglich schriftlich informieren.

Beschwerdeänderung

Sie oder die Verwaltungseinheit dürfen die Beschwerde nur dann ändern (Änderungen vornehmen), wenn:

1. Die Gegenpartei stimmt den Änderungen schriftlich zu und erhält die Möglichkeit, die Beschwerde über das ordnungsgemäße Verfahren durch eine unten beschriebene Beschlusssitzung zu lösen; **oder**
2. Spätestens fünf Tage vor Beginn der Anhörung zum ordentlichen Verfahren erteilt der ALJ die Erlaubnis zur Änderung der Beschwerde.

Wenn die beschwerdeführende Partei (Sie oder die Verwaltungseinheit) Änderungen an der Beschwerde über das fällige Verfahren vornimmt, beginnen die Fristen für die Beschlusssitzung (innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde) und die Frist für die Lösung (innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde) wieder an dem Tag, an dem die geänderte Beschwerde eingereicht wird.

Reaktion der Verwaltungseinheit auf eine Beschwerde im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens

Wenn die Verwaltungseinheit Ihnen keine vorherige schriftliche Mitteilung, wie unter der Überschrift **Schriftliche Vorabmitteilung**, beschrieben, über den in Ihrer Beschwerde zum fälligen Verfahren enthaltenen Gegenstand geschickt hat, muss die Verwaltungseinheit Ihnen innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde zum fälligen Verfahren eine Antwort zusenden, die Folgendes beinhaltet:

1. Eine Erklärung, warum die Verwaltungseinheit die im Rahmen der Beschwerde über das ordentliche Gerichtsverfahren erhobene Maßnahme vorgeschlagen oder abgelehnt hat;
2. Eine Beschreibung anderer Optionen, die das Team des individualisierten Bildungsprogramms (IEP) Ihres Kindes in Betracht zog, und die Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;

3. Eine Beschreibung jedes Bewertungsverfahrens, jeder Bewertung, jeder Aufzeichnung oder jedes Berichts der Verwaltungseinheit, die als Grundlage für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme dient; und
4. Eine Beschreibung der anderen Faktoren, die für die von der Verwaltungseinheit vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme relevant sind.

Die Bereitstellung der Informationen in den vorstehenden Punkten 1-4 hindert die Verwaltungseinheit nicht daran, geltend zu machen, dass Ihre Beschwerde wegen eines fälligen Verfahrens unzureichend war.

Reaktion der anderen Partei auf eine Beschwerde im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens

Mit Ausnahme der unter der Unterrubrik **Administrationseinheit Antwort auf eine Beschwerde über einen ordentlichen Gerichtsverfahren**, genannten Fälle muss die Partei, die eine Beschwerde über einen ordentlichen Gerichtsverfahren erhält, innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde der anderen Partei eine Antwort zukommen lassen, die speziell auf jedes der Probleme in der Beschwerde eingeht.

DIE UNTERBRINGUNG DES KINDES, WÄHREND DIE BESCHWERDE UND ANHÖRUNG IM RAHMEN DES ORDENTLICHEN GERICHTSVERFAHRENS NOCH AUSSTEHEN.

34 CFR §300.518

Mit Ausnahme der nachstehend unter der Überschrift **VERFAHREN FÜR STRAFVERFOLGUNG VON KINDER MIT BEHINDERUNGEN** beschriebenen Fälle muss Ihr Kind, sobald eine Beschwerde über ein ordentliches Verfahren an die andere Partei gerichtet wird, während des Zeitraums des Entscheidungsprozesses und während des Wartens auf die Entscheidung über eine Anhörung über ein ordentliches Gerichtsverfahren oder ein Prozess, sofern Sie und die Verwaltungseinheit nichts anderes vereinbaren, in seinem derzeitigen Ausbildungsplatz bleiben.

Handelt es sich bei der Beschwerde um einen Antrag auf erstmalige Zulassung zur öffentlichen Schule, muss Ihr Kind mit Ihrer Zustimmung bis zum Abschluss aller derartigen Verfahren in das reguläre öffentliche Schulprogramm aufgenommen werden.

Handelt es sich bei der Beschwerde über das ordnungsgemäße Verfahren um einen Antrag auf Erbringung erster Dienstleistungen nach Teil B der IDEA für ein Kind, das von Teil C der IDEA in Teil B der IDEA übergeht und das nicht mehr für Dienstleistungen nach Teil C in Betracht kommt, weil das Kind drei Jahre alt geworden ist, ist die Verwaltungseinheit nicht verpflichtet, die Dienstleistungen nach Teil C zu erbringen, die das Kind erhalten hat. Wenn das Kind nach Teil B der IDEA als förderfähig eingestuft wird und Sie zustimmen, dass das Kind zum ersten Mal eine Sonderausbildung und damit verbundene Dienstleistungen erhält, muss die Verwaltungseinheit bis zum Abschluss des Verfahrens die nicht strittigen Sonderausbildungen und damit verbundenen Dienstleistungen erbringen (die Sie und die Verwaltungseinheit vereinbaren).

Wenn ein Verwaltungsrichter in einer vom CDE durchgeführten Anhörung mit Ihnen übereinstimmt, dass ein Wechsel des Platzes angemessen ist, muss dieser Platz als der aktuelle Bildungsplatz Ihres Kindes behandelt werden, an dem Ihr Kind verbleiben wird, während es auf die Entscheidung einer unparteiischen Anhörung oder eines Gerichtsverfahrens wartet.

MODELLFORMULARE

34 CFR §300.509

Das CDE muss Musterformulare entwickeln, die Ihnen helfen, eine Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren und eine Staatsbeschwerde einzureichen. Das CDE oder die Verwaltungseinheit kann jedoch nicht verlangen, dass Sie diese Musterformulare verwenden. Sie können dieses Formular oder ein anderes geeignetes Musterformular verwenden, sofern es die erforderlichen Informationen für die Einreichung einer Beschwerde im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens oder einer Staatsklage enthält.

Die Musterformulare des CDE für Staatsbeschwerden, Beschwerden im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens und Mediation können unter der Telefonnummer (303)866-6694 oder auf der CDE-Website zur Streitbeilegung abgerufen werden: <http://www.cde.state.co.us/spedlaw/info.htm>.

MEDIATION

34 CFR §300.506

Allgemeines

Mediation steht Ihnen und der Verwaltungseinheit zur Verfügung, um Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit allen Angelegenheiten im Rahmen von Teil B der IDEA zu lösen, einschließlich Angelegenheiten, die sich vor der Einreichung einer Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren ergeben. Somit steht Ihnen eine Mediation zur Verfügung, um Streitigkeiten im Rahmen von Teil B der IDEA zu lösen, unabhängig davon, ob Sie eine Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren eingereicht haben oder nicht.

Anforderungen

Die Verfahren müssen sicherstellen, dass das Mediationsverfahren abläuft:

1. Ist sowohl von Ihrer Seite als auch von Seiten der Verwaltungseinheit freiwillig;
2. Wird nicht verwendet, um Ihr Recht auf eine ordentliche Prozessanhörung zu verweigern oder zu verzögern, oder um alle anderen Rechte, die Sie im Rahmen von Teil B der IDEA haben, zu verweigern; **und**
3. Wird von einem qualifizierten und unparteiischen Mediator durchgeführt, der in effektiven Mediationstechniken ausgebildet ist.

Die Verwaltungseinheit kann Verfahren entwickeln, die Eltern und Schulen, die sich dafür entscheiden, das Mediationsverfahren nicht in Anspruch zu nehmen, die Möglichkeit bieten, sich zu einem für Sie günstigen Zeitpunkt und Ort mit einer selbstständigen Partei zu treffen:

1. Wer mit einer geeigneten alternativen Streitbeilegungsstelle oder einem übergeordneten Elterntrainings- und Informationszentrum oder einem gemeinschaftlichen Eltern-Beratungszentrum im Staat unter Vertrag steht; **und**
2. Wer würde Ihnen die Vorteile erklären und die Nutzung des Mediationsverfahrens fördern?

Der CDE führt eine Liste von Personen, die qualifizierte Mediatoren sind und die die Gesetze und Vorschriften über die Erbringung von Sonderausbildungen und damit verbundenen Dienstleistungen kennen. Die Mediatoren werden zufällig, turnusmäßig oder auf andere unparteiische Weise eingesetzt.

Das CDE trägt die Kosten des Mediators. Jede Sitzung im Mediationsverfahren muss rechtzeitig geplant und an einem für Sie und der Verwaltungseinheit geeigneten Ort abgehalten werden.

Wenn Sie und die Verwaltungseinheit einen Streitfall im Rahmen des Mediationsverfahrens lösen, müssen beide Parteien eine rechtsverbindliche schriftliche Vereinbarung treffen:

1. Stellt alle Vereinbarungen zwischen Ihnen und der Verwaltungseinheit dar;
2. Erklärt, dass alle Diskussionen, die während des Mediationsverfahrens stattgefunden haben, vertraulich bleiben und nicht als Beweismittel in einer späteren Anhörung oder einem Zivilverfahren verwendet werden dürfen; **und**
3. Wird sowohl von Ihnen als auch von einem Vertreter der Verwaltungseinheit unterzeichnet, der befugt ist, die Verwaltungseinheit zu vertreten.

Eine schriftliche, unterzeichnete Mediationsvereinbarung ist vor jedem zuständigen staatlichen Gericht (einem Gericht, das nach nationalem Recht befugt ist, diese Art von Streitfällen zu verhandeln) oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten vollstreckbar. Diskussionen, die während des Mediationsverfahrens stattgefunden haben, müssen vertraulich sein. Sie können nicht als Beweismittel in zukünftigen ordentlichen

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

Gerichtsverfahren oder Zivilverfahren vor einem Bundesgericht oder Staatsgericht eines Staates verwendet werden, der nach Teil B von IDEA Unterstützung erhält.

Unparteilichkeit des Mediators

Der Mediator:

1. Darf kein Mitarbeiter des CDE oder der Verwaltungseinheit sein, die an der Ausbildung oder Betreuung Ihres Kindes beteiligt ist; **und**
2. Darf kein persönliches oder berufliches Interesse haben, das der Objektivität des Mediators widerspricht.

Der zugewiesene Mediator ist kein Mitarbeiter des CDE, nur weil seine Leistungen vom CDE bezahlt werden.

BEILEGUNGSVERFAHREN

34 CFR §300.510

Beilegungssitzung

Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung über Ihre Beschwerde über das fällige Verfahren und vor Beginn der Anhörung über das fällige Verfahren muss die Verwaltungseinheit ein Treffen mit Ihnen und dem/den zuständigen Mitglied(en) des Teams für das individualisierte Bildungsprogramm (IEP) einberufen, die über spezifische Kenntnisse der in Ihrer Beschwerde über das fällige Verfahren festgestellten Tatsachen verfügen. Das Treffen:

1. Muss einen Vertreter der Verwaltungseinheit umfassen, der im Namen der Verwaltungseinheit Entscheidungsbefugnis hat; **und**
2. Darf keinen Anwalt der Verwaltungseinheit einschließen, es sei denn, Sie werden von einem Anwalt begleitet.

Sie und die Verwaltungseinheit bestimmen die relevanten Mitglieder des IEP-Teams, die an der Sitzung teilnehmen.

Der Zweck der Sitzung ist es, dass Sie Ihre Beschwerde über das ordnungsgemäße Verfahren und die Fakten, die die Grundlage der Beschwerde bilden, besprechen, damit die Verwaltungseinheit die Möglichkeit hat, den Streitfall zu lösen.

Die Beilegungssitzung ist nicht erforderlich, wenn:

1. Sie und die Verwaltungseinheit schriftlich vereinbaren, auf die Sitzung zu verzichten; **oder**
2. Sie und die Verwaltungseinheit erklären sich damit einverstanden, das Mediationsverfahren zu nutzen, wie unter der Rubrik **Mediation** beschrieben.

Beilegungszeitraum

Wenn die Verwaltungseinheit die Beschwerde über das ordentliche Gerichtsverfahren nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde über das ordentliche Gerichtsverfahren (während der Frist für das Beilegungsverfahren) zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat, kann die Anhörung über das ordentliche Gerichtsverfahren stattfinden.

Die 45-tägige Frist für die Erteilung einer endgültigen Entscheidung beginnt am Tag nach Ablauf der 30-tägigen Beilegungsfrist, mit einigen Ausnahmen für Anpassungen der 30-tägigen Beilegungsfrist, wie nachfolgend beschrieben.

Mit Ausnahme der Fälle, in denen Sie und die Verwaltungseinheit beide zugestimmt haben, auf das Lösungsverfahren zu verzichten oder die Mediation in Anspruch zu nehmen, verzögert Ihre Nichtteilnahme an der Beilegungssitzung die Fristen für das Beilegungsverfahren und die Anhörung zum ordentlichen Gerichtsverfahren, bis Sie der Teilnahme an einer Beilegungssitzung zustimmen.

Wenn die Verwaltungseinheit nach angemessener Anstrengung und Dokumentation dieser Bemühungen nicht in der Lage ist, Ihre Teilnahme an der Beilegungssitzung zu erhalten, kann die Verwaltungseinheit nach Ablauf der 30-tägigen Beilegungsfrist verlangen, dass der ALJ Ihre Beschwerde über das ordnungsgemäße Gerichtsverfahren ablehnt. Die Dokumentation dieser Bemühungen muss eine Aufzeichnung der Versuche der Verwaltungseinheit enthalten, einen gemeinsam vereinbarten Zeitpunkt und Ort zu vereinbaren, wie z. B.:

1. Detaillierte Aufzeichnungen über getätigte oder versuchte Telefonate und die Ergebnisse dieser Gespräche;
2. Kopien der an Sie gesendeten Korrespondenz und alle erhaltenen Antworten; **und**
3. Detaillierte Aufzeichnungen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder am Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Wenn die Verwaltungseinheit die Beilegungssitzung nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung Ihrer Beschwerde über das fällige Verfahren **oder** an der Beilegungssitzung nicht teilnimmt, können Sie den ALJ bitten, den Beginn der 45-tägigen Anhörung anzuordnen.

Anpassungen der 30-kalendertägigen Beilegungsperiode

Wenn Sie und die Verwaltungseinheit schriftlich vereinbaren, auf die Beilegungssitzung zu verzichten, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung des ordentlichen Gerichtsverfahrens am nächsten Tag.

Wenn Sie und die Verwaltungseinheit nach Beginn der Mediation oder der Beilegungssitzung und vor Ablauf der 30-tägigen Beilegungsfrist schriftlich vereinbaren, dass keine Einigung möglich ist, beginnt am nächsten Tag die 45-tägige Frist für die Anhörung des ordentlichen Gerichtsverfahrens.

Wenn Sie und die Verwaltungseinheit vereinbaren, das Mediationsverfahren zu nutzen, können beide Parteien nach Ablauf der 30-tägigen Beilegungsfrist schriftlich vereinbaren, die Mediation fortzusetzen, bis eine Einigung erzielt ist. Wenn sich jedoch entweder Sie oder die Verwaltungseinheit aus dem Mediationsverfahren zurückziehen, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung des ordentlichen Gerichtsverfahrens am nächsten Tag.

Schriftliche Abrechnungsvereinbarung

Wird in der Beilegungssitzung eine Streitbeilegung erzielt, müssen Sie und die Verwaltungseinheit eine rechtsverbindliche schriftliche Vereinbarung treffen:

1. Unterzeichnet von Ihnen und einem Vertreter der Verwaltungseinheit, der befugt ist, die Verwaltungseinheit zu vertreten; **und**
2. Vollstreckbar vor jedem zuständigen Staatsgericht (einem Staatsgericht, das befugt ist, diese Art von Fällen zu verhandeln) oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten.

Zeitraum der Überprüfung der Vereinbarung

Wenn Sie und die Verwaltungseinheit als Ergebnis einer Beilegungssitzung eine Vereinbarung abschließen, kann jede Partei (Sie oder die Verwaltungseinheit) die Vereinbarung innerhalb von drei Werktagen nach der Zeit, in der Sie und die Verwaltungseinheit die Vereinbarung unterzeichnet haben, für ungültig erklären.

ANHÖRUNGEN ZU BESCHWERDEN ÜBER EIN ORDENTLICHES GERICHTSVERFAHREN

UNPARTEIISCHE ANHÖRUNG IM RAHMEN EINES ORDENTLICHEN GERICHTSVERFAHRENS

34 CFR §300.511

Allgemeines

Wann immer eine Beschwerde wegen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens eingereicht wird, müssen Sie oder die an dem Streitfall beteiligte Verwaltungseinheit Gelegenheit zu einer unparteiischen Anhörung haben, wie in den Abschnitten **Ordentlichen-Gerichtsverfahrens-Beschwerde** und **eilegungsverfahren** beschrieben.

Die Agentur, die für die Durchführung der Anhörung im Rahmen des ordentlichen Gerichtsverfahrens verantwortlich ist.

Die in diesem Abschnitt beschriebene Anhörung muss vom Bildungsministerium von Colorado (CDE) unter Verwendung eines abwechselnd zugewiesenen Verwaltungsrichters durchgeführt werden.

Verwaltungsrichter (ALJ)

Mindestens ein ALJ:

1. Darf kein Mitarbeiter des CDE oder der Verwaltungseinheit sein, die an der Ausbildung oder Betreuung des Kindes beteiligt ist;
2. Darf kein persönliches oder berufliches Interesse haben, das der Objektivität des ALJ in der Anhörung widerspricht;
3. Muss sachkundig sein und die Bestimmungen der IDEA sowie die Bundes- und Landesvorschriften in Bezug auf die IDEA und die rechtlichen Interpretationen der IDEA durch Bundes- und Landesgerichte verstehen; **und**
4. Muss über das Wissen und die Fähigkeit verfügen, Anhörungen durchzuführen, Entscheidungen zu treffen und zu schreiben, im Einklang mit der angemessenen, üblichen Rechtspraxis.

Das CDE muss eine Liste der Personen führen, die als ALJs tätig sind, die eine Erklärung über die Qualifikationen jedes ALJs enthält.

Gegenstand der Anhörung im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens

Die Partei (Sie oder die Verwaltungseinheit), die die Anhörung des ordentlichen Gerichtsverfahrens beantragt, darf bei der Anhörung des ordentlichen Gerichtsverfahrens keine Fragen stellen, die im Rahmen der Beschwerde des ordentlichen Gerichtsverfahrens nicht behandelt wurden, es sei denn, die andere Partei stimmt zu.

Zeitplan für die Beantragung einer Anhörung

Sie oder die Verwaltungseinheit müssen innerhalb von zwei Jahren nach dem Datum, an dem Sie oder die Verwaltungseinheit von dem in der Beschwerde behandelten Problem wussten oder hätten wissen müssen, eine unparteiische Anhörung über eine Beschwerde beantragen.

Ausnahmen von der Zeitrahmen

Der oben genannte Zeitrahmen gilt nicht für Sie, wenn Sie eine Beschwerde wegen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens nicht einreichen konnten:

1. Die Verwaltungseinheit hat ausdrücklich falsch angegeben, dass sie das Problem oder die Angelegenheit, die Sie in Ihrer Beschwerde vorbringen, gelöst hat; **oder**

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

2. Die Verwaltungseinheit hat Ihnen Informationen zurückgehalten, die sie Ihnen gemäß Teil B der IDEA zur Verfügung stellen musste.

ANHÖRUNGSRECHTE

34 CFR §300.512

Allgemeines

Sie haben das Recht, sich in einem ordentlichen Gerichtsverfahren zu vertreten. Jede Partei, die an einer Anhörung im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens (einschließlich einer Anhörung im Zusammenhang mit Disziplinarverfahren) oder einer Berufung teilnimmt, wie unter der Unterrubrik **Berufung von Entscheidungen beschrieben; unparteiische Überprüfung** hat das Recht dazu:

1. Von einem Anwalt und/oder Personen mit besonderen Kenntnissen oder Ausbildungen in Bezug auf die Probleme von Kindern mit Behinderungen begleitet und beraten werden, mit der Ausnahme, dass in Colorado nur ein vom Obersten Gerichtshof von Colorado zugelassener Anwalt eine Partei in einer Anhörung *vertreten* a darf;
2. Beweise vorlegen und konfrontieren, ins Kreuzverhör nehmen und die Anwesenheit von Zeugen verlangen;
3. Die Vorlage von Beweismitteln in der mündlichen Verhandlung, die der anderen Partei nicht mindestens fünf Werktage vor der mündlichen Verhandlung mitgeteilt wurden, ist zu verbieten;
4. Sie erhalten eine schriftliche oder, nach Ihrer Wahl, elektronische, wortwörtliche Aufzeichnung der Anhörung; **and**
5. Sie erhalten schriftliche oder nach Ihrer Wahl elektronische Erkenntnisse über Fakten und Entscheidungen.

Zusätzliche Offenlegung von Informationen

Spätestens fünf Werktage vor einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens müssen Sie und die Verwaltungseinheit einander alle bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Bewertungen und Empfehlungen aufgrund dieser Bewertungen, die Sie oder die Verwaltungseinheit in der Anhörung zu verwenden beabsichtigen, mitteilen.

Ein ALJ kann eine Partei, die dieser Anforderung nicht nachkommt, daran hindern, ohne Zustimmung der anderen Partei die entsprechende Bewertung oder Empfehlung in die Anhörung einzubringen.

Elternrechte bei Anhörungen

Ihnen muss das Recht dazu eingeräumt werden:

1. Bringen Sie Ihr Kind mit, das Gegenstand der Anhörung ist;
2. Öffnen Sie die Anhörung für die Öffentlichkeit; **und**
3. Lassen Sie sich das Protokoll der Anhörung, die Tatsachenfeststellungen und Entscheidungen kostenlos zur Verfügung stellen.

ANHÖRUNGSENTSCHEIDUNGEN

34 CFR §300.513

Entscheidung des Verwaltungsrichters (ALJ)

Die Entscheidung eines ALJ, ob Ihr Kind eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung (FAPE) erhalten hat, muss auf sachlichen Gründen beruhen.

In Angelegenheiten, in denen ein Verfahrensverstoß geltend gemacht wird, kann ein ALJ feststellen, dass Ihr Kind nur dann keine kostenlose angemessene öffentliche Aufklärung (FAPE) erhalten hat, wenn folgende Verfahrensmängel vorliegen:

1. Beeinträchtigung des Rechts Ihres Kindes auf ein FAPE;

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

2. Hat Ihre Möglichkeit, am Entscheidungsprozess über die Bereitstellung eines FAPE für Ihr Kind teilzunehmen, erheblich beeinträchtigt; **oder**
3. Verursacht den Entzug einer Bildungsleistung.

Keine der vorstehend beschriebenen Bestimmungen kann so ausgelegt werden, dass ein ALJ eine Verwaltungseinheit daran hindert, die Einhaltung der Anforderungen im Abschnitt verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen der Bundesverordnung unter Teil B der IDEA (34 CFR §§300.500 bis 300.536) anzuordnen.

Separater Antrag auf eine Anhörung im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens

Nichts im Abschnitt verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen der Bundesverordnung unter Teil B der IDEA (34 CFR §§300.500 bis 300.536) kann so ausgelegt werden, dass Sie nicht in der Lage sind, eine separate Beschwerde über ein Verfahren einzureichen, die sich von einer bereits eingereichten Beschwerde über ein Verfahren unterscheidet.

Feststellungen und Entscheidung an den staatlichen Sonderschulbeirat und die breite Öffentlichkeit

Das CDE muss nach dem Löschen aller personenbezogenen Daten:

1. Bereitstellung der Ergebnisse und der Entscheidung an den staatlichen Sonderschulbeirat **und**
2. Diese Erkenntnisse und die Entscheidung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

ENDGÜLTIGKEIT DER ENTSCHEIDUNG

34 CFR §300.514

Zweck der Anhörungsentscheidung

Eine Entscheidung, die in einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens (einschließlich einer Anhörung im Zusammenhang mit Disziplinarverfahren) getroffen wird, ist endgültig, mit der Ausnahme, dass jede an der Anhörung beteiligte Partei (Sie oder die Verwaltungseinheit) gegen die Entscheidung Beschwerde einlegen kann, indem sie eine Zivilklage einlegt, wie nachstehend unter der Überschrift beschrieben: **Zivilverfahren, einschließlich des Zeitraums, in dem diese Verfahren einzureichen sind.**

FRISTEN UND MACHBARKEIT DER ANHÖRUNGEN

34 CFR §300.515

Die Verwaltungseinheit muss sicherstellen, dass spätestens 45 Kalendertage nach Ablauf der 30-tägigen Frist für Beschlusssitzungen oder, wie unter der Untertubrik **Anpassungen an die 30-tägige Beilegungsfrist**, beschrieben, spätestens 45 Kalendertage nach Ablauf der angepassten Frist:

1. Eine endgültige Entscheidung wird in der Anhörung zum ordentlichen Verfahren getroffen; und
2. Eine Kopie der Entscheidung wird Ihnen und der Verwaltungseinheit per Post zugesandt.

Anhörungen im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens mit mündlichen Argumenten müssen zu einem Zeitpunkt und an einem Ort durchgeführt werden, der für Sie und Ihr Kind angemessen ist.

ZIVILKLAGEN, EINSCHLIESSLICH DER FRIST FÜR DIE EINREICHUNG DIESER KLAGEN

34 CFR §300.516

Allgemeines

Jede Partei (Sie oder die Verwaltungseinheit), die mit den Feststellungen und Entscheidungen des ALJ in der Anhörung des ordentlichen Gerichtsverfahrens (einschließlich einer beschleunigten Anhörung im Zusammenhang mit Disziplinarverfahren) nicht einverstanden ist, hat das Recht, eine Zivilklage in Bezug auf die Angelegenheit einzureichen, die Gegenstand der Anhörung war. Die Klage kann bei einem zuständigen Staatsgericht (einem Staatsgericht, das befugt ist, über diese Art von Fällen zu entscheiden) oder bei einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten erhoben werden, ohne Rücksicht auf den Streitwert.

Zeitliche Begrenzung

Entweder die Partei, die die ursprüngliche Beschwerde über das fällige Verfahren eingereicht hat (Sie oder die Verwaltungseinheit) oder die Partei, die auf die Beschwerde geantwortet hat, hat maximal 90 Kalendertage ab dem Datum der Entscheidung des ALJ, eine Zivilklage einzureichen.

Zusätzliche Verfahren

In jeder Zivilklage, das Gericht:

1. Erhält die Aufzeichnungen über das Verwaltungsverfahren;
2. Zusätzliche Beweise auf Ihren Antrag oder auf Antrag der Verwaltungseinheit; **und**
3. Stützt seine Entscheidung auf die Überlegenheit der Beweise und gewährt die Entlastung, die das Gericht für angemessen hält.

Zuständigkeit der Bezirksgerichte

Die Bezirksgerichte der Vereinigten Staaten sind befugt, über Klagen im Rahmen von Teil B der IDEA zu entscheiden, ohne Rücksicht auf den Streitwert.

Ausführungsregel - Erschöpfung

Nichts in Teil B der IDEA schränkt oder begrenzt die Rechte, Verfahren und Rechtsbehelfe ein, die nach der US-Verfassung, dem Amerikanischen Gesetz für Menschen mit Behinderungen von 1990, Titel V des US-Rehabilitation Gesetzes von 1973 (Abschnitt 504) oder anderen Bundesgesetzen zum Schutz der Rechte von Kindern mit Behinderungen verfügbar sind, mit der Ausnahme, dass vor der Einreichung einer Zivilklage nach diesen Gesetzen, die Rechtsbehelfe einlegt, die auch nach Teil B der IDEA möglich sind, die oben beschriebenen Verfahren in dem gleichen Umfang ausgeschöpft werden müssen, wie wenn die Partei die Klage nach Teil B der IDEA eingereicht hätte. Dies bedeutet, dass Sie zwar über Rechtsbehelfe verfügen können, die sich mit denen der IDEA überschneiden, aber im Allgemeinen, bevor Sie eine Zivilklage vor Gericht einreichen, die nach diesen anderen Gesetzen Rechtsbehelfe einlegt, müssen Sie zunächst die verfügbaren Verwaltungsbehelfe der IDEA nutzen (d.h. die Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren, Beilegungssituation und eine unparteiische ordentliche Gerichtsanhörung).

ANWALTSKOSTEN

34 CFR §300.517

Allgemeines

Wenn Sie in einer Klage oder einem Verfahren nach Teil B der IDEA obsiegen (gewinnen), kann das Gericht nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltskosten als Teil der Kosten an Sie vergeben.

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

In jeder Klage oder jedem Verfahren nach Teil B der IDEA kann das Gericht (d.h. das Staats- oder Bezirksgericht) nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltskosten als Teil der Kosten an eine vorherrschende staatliche Bildungsagentur oder Verwaltungseinheit vergeben, die von Ihrem Anwalt zu zahlen sind, wenn der Anwalt: (a) eine Klage oder einen Gerichtsfall eingereicht hat, den das Gericht für leichtfertig, unvernünftig oder unbegründet hält; oder (b) die Klage fortgesetzt hat, nachdem der Rechtsstreit eindeutig leichtfertig, unvernünftig oder unbegründet wurde; **oder**

In jeder Klage oder jedem Verfahren, das im Rahmen von Teil B der IDEA erhoben wird, kann das Gericht (d.h. das Staats- oder Bezirksgericht) nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten an eine vorherrschende staatliche Bildungsagentur oder Verwaltungseinheit vergeben, die von Ihnen oder Ihrem Anwalt zu zahlen sind, wenn Ihr Antrag auf eine Anhörung im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens oder eine spätere Zivilklage zu einem unzulässigen Zweck eingereicht wurde, z.B. um zu schikanieren, unnötige Verzögerungen zu verursachen oder die Kosten von Gerichtsverfahren unnötig zu erhöhen.

Vergabe von Gebühren

Ein Gericht entscheidet über angemessene Anwaltskosten wie folgt:

1. Die Gebühren müssen sich nach den in der Gemeinschaft, in der die Klage oder Anhörung stattgefunden hat, geltenden Sätzen für die Art und Qualität der erbrachten Dienstleistungen richten. Bei der Berechnung der gewährten Gebühren darf kein Bonus oder Multiplikator verwendet werden.
2. Anwaltshonorare dürfen nicht gewährt werden und damit verbundene Kosten dürfen nicht in einer Klage oder einem Verfahren gemäß Teil B der IDEA für Dienstleistungen erstattet werden, die erbracht werden, nachdem Ihnen ein schriftliches Vergleichsangebot unterbreitet wurde:
 - a. Das Angebot erfolgt innerhalb der in Artikel 68 der Zivilprozessordnung vorgesehenen Frist oder im Falle einer ordentlichen Anhörung jederzeit mehr als 10 Kalendertage vor Beginn des Verfahrens;
 - b. Das Angebot wird nicht innerhalb von 10 Kalendertagen angenommen; **und**
 - c. Das Gericht oder ALJ stellt fest, dass die von Ihnen letztendlich erhaltene Erleichterung für Sie nicht günstiger ist als das Angebot zum Vergleich.

Trotz dieser Einschränkungen kann Ihnen eine Vergabe von Anwaltskosten und damit verbundenen Kosten erfolgen, wenn Sie obsiegen und die Ablehnung des Vergleichsangebots im Wesentlichen gerechtfertigt war.

3. Gebühren für eine Sitzung des Teams des individualisierten Bildungsprogramms (IEP) dürfen nur dann gewährt werden, wenn die Sitzung als Ergebnis eines Verwaltungsverfahrens oder einer Gerichtsklage abgehalten wird. Gebühren dürfen auch nicht für eine Mediation wie unter der Überschrift **Mediation** beschrieben vergeben werden.

Eine Beschlusssitzung, wie unter der Überschrift **Beilegungsprozess**, beschrieben, gilt nicht als eine Sitzung, die aufgrund einer Verwaltungsverhandlung oder einer Gerichtsklage einberufen wird, und auch nicht als Verwaltungsverhandlung oder Gerichtsverfahren im Sinne dieser Honorarbestimmungen.

Das Gericht reduziert gegebenenfalls die Höhe der Anwaltskosten, die nach Teil B der IDEA gewährt werden, wenn das Gericht dies feststellt:

1. Sie oder Ihr Anwalt haben während der Dauer der Klage oder des Verfahrens die endgültige Beilegung des Rechtsstreits unangemessen verzögert;
2. Die Höhe der Anwaltshonorare, die anderweitig genehmigt wurden, liegt unangemessen über dem Stundensatz, der in der Gemeinschaft für ähnliche Dienstleistungen von Anwälten mit vergleichsweise ähnlichen Fähigkeiten, Ruf und Erfahrungen gilt;
3. Der Zeitaufwand und die erbrachten Rechtsdienstleistungen waren angesichts der Art der Klage oder des Verfahrens übermäßig **oder**

4. Der von Ihnen vertretene Anwalt hat der Verwaltungseinheit nicht die entsprechenden Informationen in der Anforderungsbekanntmachung des fälligen Verfahrens zur Verfügung gestellt, wie unter der Überschrift **Ordentliche-Gerichtsverfahren-Beschwerde** beschrieben.

Das Gericht darf die Gebühren jedoch nicht ermäßigen, wenn das Gericht feststellt, dass der Staat oder die Verwaltungseinheit die endgültige Entscheidung über die Klage oder das Verfahren unangemessen verzögert hat oder ein Verstoß gegen die verfahrenstechnischen Sicherheitsvorkehrungen von Teil B der IDEA vorliegt.

VERFAHREN BEI DER STRAFVERFOLGUNG VON KINDERN MIT BEHINDERUNG EN

AUTORITÄT DES SCHULPERSONALS

34 CFR §300.530

Einzelfallprüfung

Das Schulpersonal kann von Fall zu Fall alle besonderen Umstände berücksichtigen, wenn es feststellt, ob ein Wechsel des Schulortes, der in Übereinstimmung mit den folgenden disziplinen Anforderungen vorgenommen wird, für ein Kind mit einer Behinderung angemessen ist, das gegen einen Schulkodex für das Verhalten der Schüler verstößt.

Allgemeines

In dem Maße, in dem sie diese Maßnahmen auch für Kinder ohne Behinderungen ergreifen, kann das Schulpersonal an nicht mehr als 10 Schultagen in Folge ein Kind mit einer Behinderung, das gegen einen Verhaltenskodex verstößt, von seinem derzeitigen Schulort in eine geeignete alternative Übergangsstufe (die durch das Team des individuellen Bildungsprogramms (IEP) des Kindes festgelegt werden muss), eine andere Einrichtung oder eine Aussetzung entfernen. Das Schulpersonal kann auch zusätzliche Absetzungen des Kindes von nicht mehr als **10 Schultagen** in Folge im selben Schuljahr für getrennte Vorfälle von Fehlverhalten vorschreiben, sofern diese Absetzungen keine Änderung der Platzierung darstellen (siehe unten für die Definition **Änderung der Platzierung aufgrund von Disziplinarmaßnahmen**).

Sobald ein behindertes Kind für insgesamt **10 Schultage** im selben Schuljahr von seinem derzeitigen Schulort entfernt wurde, muss die Verwaltungseinheit während der folgenden Tage der Entlassung in diesem Schuljahr Dienstleistungen in dem Umfang erbringen, wie er nachstehend unter der Unterrubrik **Dienstleistungen** aufgeführt.

Zusätzliche Befugnisse

Wenn das Verhalten, das gegen den Verhaltenskodex der Schüler verstößt, nicht eine Manifestation der Behinderung des Kindes darstellt (siehe **Manifestationsbestimmung**, unten) und die disziplinarische Änderung der Platzierung **10 Schultage** in Folge übersteigt, kann das Schulpersonal die Disziplinarverfahren für dieses Kind mit einer Behinderung auf die gleiche Weise und für die gleiche Dauer anwenden wie für Kinder ohne Behinderung, mit der Ausnahme, dass die Schule für dieses Kind Dienstleistungen erbringen muss, wie nachstehend unter **Dienstleistungen** beschrieben. Das IEP-Team des Kindes bestimmt den vorläufigen alternativen Bildungsrahmen für solche Dienste.

Dienstleistungen

Die Dienstleistungen, die für ein behindertes Kind, das aus dem derzeitigen Schulverhältnis des Kindes ausgeschlossen wurde, erbracht werden müssen, können in einem vorläufigen alternativen Bildungsumfeld angeboten werden.

Eine Verwaltungseinheit ist nur dann verpflichtet, Dienstleistungen für ein Kind mit einer Behinderung zu erbringen, das für **10 Schultage oder weniger** in diesem Schuljahr von seinem derzeitigen Schulplatz entfernt wurde, wenn sie Dienstleistungen für ein Kind ohne Behinderung erbringt, das ebenfalls entfernt wurde. In Colorado erhalten nichtbehinderte Schüler, die wegen kurzfristiger Aussetzungen aus dem Programm genommen wurden, in der Regel während des Aussetzungszeitraums keine Dienstleistungen. Die Suspendierungsbehörde muss jedoch

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

jedem Schüler die Möglichkeit geben, während der Zeit der Suspendierung Schularbeit nachzuholen, um ihn nach der Zeit der Suspendierung wieder in das Bildungsprogramm zu integrieren. Abschnitt 22-33-105(3)(d)(III), C.R.S.

Ein Kind mit einer Behinderung, das für mehr als **10 Schultage** aus dem aktuellen Schulverhältnis des Kindes entfernt wird, muss:

1. Weiterhin Bildungsdienstleistungen erhalten, um es dem Kind zu ermöglichen, weiterhin am allgemeinen Bildungslehrplan teilzunehmen, wenn auch in einer anderen Umgebung, und um Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele zu machen; **und**
2. Gegebenenfalls eine funktionale Verhaltensbewertung sowie Dienste und Modifikationen für Verhaltensinterventionen erhalten, die darauf abzielen, die Verhaltensverletzung so zu behandeln, dass sich diese nicht wiederholt.

Nachdem ein Kind mit einer Behinderung für **10 Schultage** im selben Schuljahr und **wenn** es von seiner derzeitigen Stelle entfernt wurde, erfolgt die aktuelle Entfernung für **10 Schultage** in Folge oder weniger **und** wenn die Entfernung kein Wechsel der Stelle ist (siehe Definition unten), **dann** bestimmt das Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Kindes, inwieweit Dienstleistungen erforderlich sind, damit das Kind weiterhin am allgemeinen Bildungslehrplan, wenn auch in einem anderen Umfeld, teilnehmen kann und bei der Erreichung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele vorankommt.

Handelt es sich bei der Entfernung um einen Platzierungswechsel (siehe Definition unten), bestimmt das IEP-Team des Kindes die geeigneten Dienstleistungen, damit das Kind weiterhin am allgemeinen Bildungslehrplan teilnehmen kann, wenn auch in einer anderen Umgebung, und um Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele zu machen.

Manifestationsbestimmung

Innerhalb **10 Schultagen** von jeder Entscheidung, die Platzierung eines Kindes mit einer Behinderung wegen eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex für Schüler zu ändern (mit Ausnahme einer Entfernung, die für **10 Schultage** in Folge oder weniger gilt, und nicht einer Änderung der Platzierung), müssen die Verwaltungseinheit, Sie und die relevanten Mitglieder des IEP-Teams (wie von Ihnen und der Verwaltungseinheit festgelegt) alle relevanten Informationen in der Akte des Schülers überprüfen, einschließlich des IEP des Kindes, aller Lehrerbeobachtungen und aller relevanten Informationen, die Sie zur Verfügung stellen:

1. Wenn das fragliche Verhalten durch die Invalidität des Kindes verursacht wurde oder in einer direkten und wesentlichen Beziehung dazu stand; **oder**
2. Wenn das fragliche Verhalten die direkte Folge der Nichtumsetzung des IEP des Kindes durch die Verwaltungseinheit war.

Wenn die Verwaltungseinheit, Sie und die zuständigen Mitglieder des IEP-Teams des Kindes feststellen, dass eine dieser Bedingungen erfüllt ist, muss das Verhalten als Ausdruck der Behinderung des Kindes festgestellt werden.

Wenn die Verwaltungseinheit, Sie und die zuständigen Mitglieder des IEP-Teams des Kindes feststellen, dass das fragliche Verhalten die direkte Folge der Nichtdurchführung des IEP durch die Verwaltungseinheit war, muss die Verwaltungseinheit unverzüglich Maßnahmen zur Behebung dieser Mängel ergreifen.

Feststellung, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war

Wenn die Verwaltungseinheit, Sie und die relevanten Mitglieder des IEP-Teams feststellen, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war, muss das IEP-Team ebenfalls folgendes tun:

1. Durchführung einer funktionalen Verhaltensbewertung, es sei denn, die Verwaltungseinheit hatte eine funktionale Verhaltensbewertung durchgeführt, bevor das Verhalten, das zu einer Änderung der Platzierung führte, eingetreten ist, und Umsetzung eines Verhaltensinterventionsplans für das Kind; **oder**

2. Wenn bereits ein Verhaltens-Interventionsplan entwickelt wurde, überprüfen Sie den Verhaltens-Interventionsplan und ändern Sie ihn bei Bedarf, um das Verhalten zu beeinflussen.

Mit Ausnahme der unten unter der Unterrubrik **Besondere Umstände**, beschriebenen Fälle muss die Verwaltungseinheit Ihr Kind an die Stelle zurückbringen, von der Ihr Kind entfernt wurde, es sei denn, Sie und der Bezirk stimmen einer Änderung der Stelle als Teil der Änderung des Verhaltens-Interventionsplans zu.

Besondere Umstände

Unabhängig davon, ob das Verhalten eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes war oder nicht, kann das Schulpersonal einen Schüler für bis zu 45 Schultage in eine vorläufige alternative Bildungsumgebung (bestimmt durch das IEP-Team des Kindes) bringen, wenn Ihr Kind:

1. Mit einer Waffe (siehe Definition unten) in die Schule geht oder eine Waffe in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulaufgabe unter der Zuständigkeit des CDE oder einer Verwaltungseinheit besitzt;
2. Wissentlich illegale Drogen hat oder verwendet (siehe Definition unten), oder den Verkauf oder den Verkauf einer geregelten Substanz vermittelt (siehe Definition unten), während er in der Schule, auf dem Schulgelände oder in einer Schulfunktion unter der Zuständigkeit des CDE oder einer Verwaltungseinheit ist; **oder**
3. Einer anderen Person während der Schulzeit, auf dem Schulgelände oder bei einer Schultätigkeit unter der Zuständigkeit des CDE oder einer Verwaltungseinheit schwere Körperverletzungen (siehe Definition unten) zugefügt hat.

Definitionen

Geregelte Substanz bedeutet ein Arzneimittel oder eine andere Substanz, die gemäß den Listen I, II, III, IV oder V in Abschnitt 202(c) des Gesetzes über geregelte Stoffe (21 U.S.C. 812(c)) identifiziert wurde.

Illegale Droge bedeutet eine geregelte Substanz; schließt aber nicht eine geregelte Substanz ein, die rechtmäßig unter der Aufsicht eines zugelassenen Arztes besessen oder verwendet wird oder die rechtmäßig unter einer anderen Behörde unter diesem Gesetz oder unter einer anderen Bestimmung des Bundesgesetzes besessen oder verwendet wird.

Schwere Körperverletzung hat die Bedeutung, die dem Begriff "schwere Körperverletzung" gemäß Absatz (3) des Unterabschnitts (h) von Abschnitt 1365 des Titels 18, United States Code, gegeben ist.

Waffe hat die Bedeutung, die dem Begriff "gefährliche Waffe" gemäß Absatz (2) des ersten Unterabschnitts (g) von Abschnitt 930 des Titels 18 des United States Code gegeben ist.

Benachrichtigung

An dem Tag, an dem sie die Entscheidung trifft, einen Umzug vorzunehmen, der eine Änderung der Unterbringung Ihres Kindes aufgrund eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex für Schüler darstellt, muss die Verwaltungseinheit Sie über diese Entscheidung informieren und Ihnen eine Mitteilung über die verfahrenstechnischen Sicherheitsvorkehrungen zukommen lassen.

PLATZIERUNGSWECHSEL AUFGRUND VON DISZIPLINARISCHEN ENTLASSUNGEN

34 CFR § 300.536

Eine Entfernung eines Kindes mit einer Behinderung aus dem aktuellen Bildungsplatz Ihres Kindes ist eine **Änderung der Platzierung** wenn:

1. Die Entfernung erfolgt nach mehr als 10 Schultagen hintereinander; **oder**
2. Das Kind wurde einer Reihe von Entfernungen unterzogen, die ein Muster darstellen:
 - a. Denn die Serie der Entfernungen umfasst insgesamt mehr als 10 Schultage in einem Schuljahr;

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

- b. Weil das Verhalten Ihres Kindes im Wesentlichen dem Verhalten Ihres Kindes in früheren Vorfällen ähnelt, die zu einer Reihe von Entfernungen führten; **und**
- c. Aufgrund von zusätzlichen Faktoren wie der Dauer jeder Entfernung, der Gesamtdauer der Entfernung Ihres Kindes und der Nähe der Entfernung zueinander.

Ob ein Muster von Entfernungen eine Änderung der Platzierung darstellt, wird von Fall zu Fall von der Verwaltungseinheit festgelegt und im Falle einer Anfechtung im Rahmen eines ordentlichen Verfahrens und eines Gerichtsverfahrens überprüft.

BESTIMMUNG DER AUSGANGSLAGE

34 CFR § 300.531

Das individualisierte Bildungsprogramm (IEP)-Team muss die vorläufige alternative Bildungsumgebung für Entfernungen, die **Platzierungsänderungen** sind, und Entfernungen unter den Überschriften **Zusätzliche Autorität** und **Besondere Umstände**, oben, bestimmen.

BERUFUNG (BESCHLEUNIGTE ANHÖRUNGSPROZESSE BEI ORDENTLICHEN RICHTSVERFAHREN)

34 CFR § 300.532

Allgemeines

Sie können eine Beschwerde über einen ordentlichen Gerichtsverfahren einreichen (siehe die Überschrift **Ordentliche-Gerichtsverfahren-Beschwerde** oben), um eine Anhörung über ein ordentliches Gerichtsverfahren zu beantragen, wenn Sie damit nicht einverstanden sind:

1. Jede Entscheidung über die Platzierung, die im Rahmen dieser Disziplinbestimmungen getroffen wird; **oder**
2. Die oben beschriebene Manifestationsbestimmung.

Die Verwaltungseinheit kann auch eine Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren (siehe oben) einreichen, um eine Anhörung über ein ordentliches Gerichtsverfahren zu beantragen, wenn sie der Ansicht ist, dass die Aufrechterhaltung der derzeitigen Unterbringung Ihres Kindes im Wesentlichen wahrscheinlich zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen führen wird.

Befugnis des Verwaltungsrichters (ALJ)

Ein ALJ, der die unter der Unterrubrik **erwaltungsrichter** beschriebenen Anforderungen erfüllt, muss die ordentliche Verfahrensanhörung durchführen und eine Entscheidung treffen. Der ALJ kann:

1. Bringen Sie Ihr Kind mit einer Behinderung an den Ort zurück, an dem Ihr Kind entfernt wurde, wenn der ALJ feststellt, dass die Entfernung ein Verstoß gegen die unter der Überschrift **Behörde des Schulpersonals**, beschriebenen Anforderungen war, oder wenn er feststellt, dass das Verhalten Ihres Kindes eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes war; **oder**
2. Ordnen Sie eine Änderung der Unterbringung Ihres Kindes mit einer Behinderung in einem geeigneten vorläufigen alternativen Bildungsumfeld für nicht mehr als 45 Schultage an, wenn der ALJ feststellt, dass die Aufrechterhaltung der derzeitigen Unterbringung Ihres Kindes im Wesentlichen wahrscheinlich zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer führen wird.

Diese Anhörungsverfahren können wiederholt werden, wenn die Verwaltungseinheit der Ansicht ist, dass die Rückkehr Ihres Kindes an die ursprüngliche Stelle mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen führt.

Wann immer Sie oder eine Verwaltungseinheit eine Beschwerde einreichen, um eine solche Anhörung zu beantragen, muss eine Anhörung durchgeführt werden, die den Anforderungen entspricht, die unter den Überschrift **Ordentliche-Gerichtsverfahren-Beschwerde und Anhörungen zu ordentlichen Gerichtsverfahren-Beschwerden**, beschrieben sind, außer gemäß den folgenden beschleunigten Verfahren:

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11

1. Das CDE muss eine beschleunigte Anhörung veranlassen, die innerhalb von **20** Schultagen ab dem Datum der Einreichung der Ordentlichen-Gerichtsverfahren-Beschwerde, stattfinden muss, und das ALJ muss eine Entscheidung innerhalb von **10** Schultagen nach der Anhörung treffen.
2. Sofern Sie und die Verwaltungseinheit nicht schriftlich vereinbaren, auf die Sitzung zu verzichten oder die Mediation in Anspruch zu nehmen, muss eine Beschlusssitzung innerhalb von **sieben** Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung über die Beschwerde über das ordnungsgemäße Verfahren stattfinden. Die Anhörung kann fortgesetzt werden, es sei denn, die Angelegenheit wurde zur Zufriedenheit beider Parteien innerhalb von **15** Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde über das fällige Verfahren gelöst.
3. Ein Staat kann andere Verfahrensregeln für beschleunigte Verfahrenshandlungen festlegen als für andere Verfahrenshandlungen, aber mit Ausnahme der Fristen müssen diese Regeln mit den Regeln in diesem Dokument über Verfahrenshandlungen vereinbar sein.

Eine Partei kann gegen die Entscheidung des ALJ in einer beschleunigten Anhörung genauso Berufung einlegen wie gegen Entscheidungen in anderen Anhörungen (siehe **Beschwerden**, oben).

PLATZIERUNG WÄHREND DER BERUFUNG

34 CFR §300.533

Wenn Sie oder die Verwaltungseinheit, wie vorstehend beschrieben, eine Beschwerde über ein ordentliches Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Disziplinarangelegenheiten eingereicht haben, muss Ihr Kind (sofern Sie und die Verwaltungseinheit nichts anderes vereinbaren) bis zur Entscheidung des ALJ oder bis zum Ablauf des Zeitraums der Entfernung, wie unter der Überschrift **Behörde für Schulpersonal**, vorgesehen und beschrieben, in der vorläufigen alternativen Bildungsumgebung bleiben, je nachdem, was zuerst eintritt.

SCHUTZ VON KINDERN, DIE NOCH KEINEN ANSPRUCH AUF SONDERSCHULBILDUNG UND DAMIT VERBUNDENE DIENSTLEISTUNGEN HABEN

34 CFR §300.534

Allgemeines

Wenn Ihr Kind nicht als förderfähig für die Sonderschulbildung und damit zusammenhängende Dienstleistungen bestimmt wurde und gegen einen Verhaltenskodex für Schüler verstößt, die Verwaltungseinheit aber vor dem Auftreten des Verhaltens, das die Disziplinarmaßnahme ausgelöst hat, Kenntnis davon hatte, dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung war, dann kann Ihr Kind einen der in dieser Mitteilung beschriebenen Schutzmaßnahmen geltend machen.

Wissensgrundlage für Disziplinarangelegenheiten

Eine Verwaltungseinheit muss davon ausgehen, dass sie weiß, dass Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, wenn, vor das Verhalten, das die Disziplinarmaßnahme ausgelöst hat, eingetreten ist:

1. Sie haben gegenüber dem Aufsichts- oder Verwaltungspersonal der zuständigen Bildungsagentur oder dem Lehrer Ihres Kindes schriftlich Bedenken geäußert, dass Ihr Kind eine besondere Ausbildung und damit verbundene Dienstleistungen benötigt;
2. Sie haben eine Bewertung bezüglich der Berechtigung zur Sonderpädagogik und damit zusammenhängender Dienstleistungen gemäß Teil B der IDEA beantragt; **oder**
3. Der Lehrer Ihres Kindes oder andere Mitarbeiter der Verwaltungseinheit äußerten spezifische Bedenken bezüglich eines Verhaltensmusters, das Ihr Kind direkt gegenüber dem Direktor für Sonderpädagogik der Verwaltungseinheit oder gegenüber anderem Aufsichtspersonal der Verwaltungseinheit an den Tag legt.

Ausnahme

Eine Verwaltungseinheit würde nicht als kompetent angesehen in Bezug auf diese Kenntnisse, wenn:

1. Sie haben eine Bewertung Ihres Kindes nicht erlaubt oder spezielle Bildungsangebote abgelehnt; **oder**
2. Ihr Kind wurde im Rahmen von Teil B der IDEA bewertet und als nicht behindert eingestuft.

Bedingungen, die gelten, wenn es keine Wissensgrundlage gibt

Wenn eine Verwaltungseinheit vor dem Ergreifen von Disziplinarmaßnahmen gegen Ihr Kind nicht weiß, dass es sich bei dem Kind um ein Kind mit einer Behinderung handelt, wie vorstehend unter den Unterpositionen **Wissensbasis für Disziplinarangelegenheiten** und **Ausnahme**, beschrieben, kann Ihr Kind den Disziplinarmaßnahmen unterworfen werden, die für Kinder ohne Behinderung gelten, die sich an vergleichbaren Verhaltensweisen beteiligen.

Wird jedoch ein Antrag auf eine Bewertung Ihres Kindes während des Zeitraums, in dem Ihr Kind disziplinarischen Maßnahmen ausgesetzt ist, gestellt, muss die Bewertung beschleunigt durchgeführt werden.

Bis zum Abschluss der Bewertung bleibt Ihr Kind in der von den Schulbehörden festgelegten Bildungsplatzierung, die eine Suspendierung oder Ausweisung ohne Bildungsleistungen beinhalten kann.

Wenn Ihr Kind als behindertes Kind eingestuft wird, muss die Verwaltungseinheit unter Berücksichtigung der Informationen aus der von der Verwaltungseinheit durchgeführten Bewertung und der von Ihnen bereitgestellten Informationen eine spezielle Ausbildung und damit zusammenhängende Dienstleistungen gemäß Teil B der IDEA anbieten, einschließlich der oben beschriebenen disziplinarischen Anforderungen.

VERWEISUNG AN UND MASSNAHMEN VON STRAFVERFOLGUNGS- UND JUSTIZBEHÖRDEN

34 CFR §300.535

Teil B der IDEA beinhaltet nicht:

1. Verbot für eine Behörde, eine von einem Kind mit einer Behinderung begangene Straftat den zuständigen Behörden zu melden; **oder**
2. Verhindern, dass die Strafverfolgungs- und Justizbehörden der Staaten ihre Verantwortung in Bezug auf die Anwendung des Bundes- und Landesrechts auf Straftaten, die von einem Kind mit einer Behinderung begangen werden, wahrnehmen.

Übermittlung von Datensätzen

Wenn eine Verwaltungseinheit eine Straftat meldet, die von einem Kind mit einer Behinderung begangen wurde, ist die Verwaltungseinheit zuständig:

1. Es muss sichergestellt sein, dass Kopien der besonderen Bildungs- und Disziplinarunterlagen des Kindes zur Prüfung durch die Behörden, denen die Agentur die Straftat meldet, übermittelt werden; **und**
2. Darf Kopien der besonderen Bildungs- und Disziplinarunterlagen des Kindes nur in dem Umfang übermitteln, der durch das Familienbildungsgesetz (FERPA) erlaubt ist.

ANFORDERUNGEN AN DIE EINSEITIGE UNTERBRINGUNG VON KINDERN IN PRIVATSCHULEN DURCH ELTERN AUF ÖFFENTLICHE KOSTEN

ALLGEMEINES

34 CFR §300.148

Teil B der IDEA verlangt nicht, dass eine Verwaltungseinheit die Kosten für die Ausbildung, einschließlich Sonderschulbildung und damit zusammenhängender Dienstleistungen, Ihres behinderten Kindes an einer Privatschule oder Einrichtung übernimmt, wenn die Verwaltungseinheit Ihrem Kind eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung (FAPE) zur Verfügung gestellt hat und Sie Ihr Kind in eine Privatschule oder Einrichtung einweisen. Die Verwaltungseinheit, in der sich die Privatschule befindet, muss Ihr Kind jedoch in die Grundgesamtheit aufnehmen, deren Bedürfnisse im Rahmen der Bestimmungen von Teil B über Kinder, die von ihren Eltern in eine Privatschule unter 34 CFR §§300.131 bis 300.144 gebracht wurden, angesprochen werden.

Erstattung der Kosten für die Platzierung an einer Privatschule

Wenn Ihr Kind zuvor eine Sonderausbildung und damit verbundene Dienstleistungen unter der Aufsicht einer Verwaltungseinheit erhalten hat und Sie sich dafür entscheiden, Ihr Kind ohne die Zustimmung oder Überweisung durch die Verwaltungseinheit in eine private Vorschule, Grundschule oder Sekundarschule einzuschreiben, kann ein Gericht oder ein Verwaltungsrechtsrichter (ALJ) von der Verwaltungseinheit verlangen, Ihnen die Kosten für diese Einschreibung zu erstatten, wenn das Gericht oder ALJ feststellt, dass die Agentur Ihrem Kind nicht rechtzeitig vor dieser Einschreibung eine kostenlose angemessene öffentliche Ausbildung (FAPE) zur Verfügung gestellt hat und dass die Privatplatzierung angemessen ist. Ein ALJ oder Gericht kann Ihre Vermittlung für angemessen halten, auch wenn sie nicht den staatlichen Standards entspricht, die für die vom CDE und den Verwaltungseinheiten angebotene Ausbildung gelten.

Begrenzung der Rückerstattung

Die in dem vorstehenden Absatz beschriebenen Erstattungskosten können reduziert oder verweigert werden:

1. Wenn: (a) Bei der letzten Sitzung des individualisierten Bildungsprogramms (IEP), an der Sie vor dem Ausscheiden Ihres Kindes aus der öffentlichen Schule teilgenommen haben, haben Sie das IEP-Team nicht darüber informiert, dass Sie die von der Verwaltungseinheit vorgeschlagene Vermittlung ablehnen, um Ihrem Kind FAPE zur Verfügung zu stellen, einschließlich der Angabe Ihrer Bedenken und Ihrer Absicht, Ihr Kind auf öffentliche Kosten in eine Privatschule einzuschreiben; oder (b) mindestens 10 Werktagen (einschließlich aller Feiertage, die an einem Werktag stattfinden) vor Ihrem Ausscheiden Ihres Kindes aus der öffentlichen Schule, haben Sie diese Informationen nicht schriftlich an die Verwaltungseinheit gemeldet;
2. Wenn die Verwaltungseinheit Sie vor dem Verlassen der öffentlichen Schule über ihre Absicht, Ihr Kind zu bewerten, schriftlich informiert hat (einschließlich einer Erklärung über den Zweck der Bewertung, die angemessen und vernünftig war), aber Sie das Kind nicht für die Bewertung zur Verfügung gestellt haben; **oder**
3. Nach der Feststellung eines Gerichts, dass Ihre Handlungen unangemessen waren.

Allerdings sind die Kosten der Erstattung:

1. Dürfen nicht gekürzt oder verweigert werden, weil die Mitteilung nicht erfolgt ist, wenn: (a) Die Verwaltungseinheit hat Sie daran gehindert, die Mitteilung zu machen; (b) Sie haben keine Mitteilung über Ihre Verantwortung für die oben beschriebene Mitteilung erhalten; oder (c) die Einhaltung der oben genannten Anforderungen würde wahrscheinlich zu einem körperlichen Schaden für Ihr Kind führen; **und**
2. Kann nach Ermessen des Gerichts oder eines ALJ nicht reduziert oder abgelehnt werden, wenn Sie nicht die erforderliche Benachrichtigung geben: (a) Sie sind nicht gebildet oder können nicht auf Englisch schreiben; oder (b) die Einhaltung der obigen Anforderung würde wahrscheinlich zu einem schweren emotionalen Schaden für Ihr Kind führen ■

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsvorkehrungen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11



Eltern-Ressourcen

IDEA 2004

Das Individuen mit Behinderungen Bildungsgesetz (Individuals with Disabilities Education Act, IDEA) ist ein Gesetz, das Dienstleistungen für Kinder mit Behinderungen im ganzen Land gewährleistet. IDEA regelt, wie Staaten und öffentliche Stellen Frühförderung, Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen für mehr als 6,5 Millionen förderfähige Säuglinge, Kleinkinder, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen anbieten.

Säuglinge und Kleinkinder mit Behinderungen (Geburt-2) und ihre Familien erhalten Früherkennungsleistungen im Rahmen von IDEA Teil C. Kinder und Jugendliche (3-21 Jahre) erhalten eine spezielle Ausbildung und damit verbundene Dienstleistungen im Rahmen von IDEA Teil B.

<http://idea.ed.gov/>

Colorado Bildungsministerium

Die Webseite der Außergewöhnlichen Schülerführungseinheit (Exceptional Student Leadership Unit Website) ist eine Ressource für Lehrer, Administratoren und Eltern von Schülern mit außergewöhnlichen Bildungsbedürfnissen aufgrund von Behinderung, Begabung, einzigartigen Talenten oder Englischlernern, die auch besondere Bedürfnisse haben.

Colorado Department of Education, Exceptional Student Leadership Unit, Office of Dispute Resolution, 1560 Broadway, Suite 1175, Denver, CO 80202

www.cde.state.co.us/cdesped/index.asp

303-866-6694

Die Webseite zum Sonderschulgesetz wurde entwickelt, um Ihnen Zugang zu Informationen zum Colorado Spezialschulgesetz zu geben. Auf dieser Website können Sie Broschüren und Entscheidungen zu speziellen Bildungsrechten für ordentliche Gerichtsverfahren und Bundesbeschwerden finden und herunterladen. Sie können auch eine Kopie der Regeln für die Verwaltung des Sonderziehungsgesetzes für Kinder herunterladen - unsere staatlichen Sonderziehungsregeln. Sie können auch eine Kopie der Regeln für die Verwaltung des Sonderziehungsgesetzes für Kinder herunterladen - unsere staatlichen Sonderziehungsregeln.

<http://www.cde.state.co.us/spedlaw/index.htm>

Frühkindliche Verbindungen

Frühkindliche Verbindungen (Early Childhood Connections) ist Colorados Initiative für Säuglinge und Kleinkinder im Rahmen des Individuen mit Behinderungen Bildungsgesetzes. Early Childhood Connections ist eine behördenübergreifende Initiative. Die leitende Agentur für die Umsetzung ist das Personalministerium von Colorado.

www.earlychildhoodconnections.org

1-877-777-4041

PEAK Elternzentrum

Das PEAK Elternzentrum ist Colorados staatlich anerkanntes Eltern-Trainings- und Informationszentrum (PTI). PEAK unterstützt Familien und andere durch Dienstleistungen wie Telefon-Hotline, Workshops, Konferenzen, Webseiten und Publikationen. Als PTI bietet PEAK Elternteil-zu-Eltern-Unterstützung, hält aber keine Unterstützungstreffen ab. Wir arbeiten persönlich mit Familien und auch mit der Landesregierung und den Bildungs-, Rehabilitations- und medizinischen Einrichtungen zusammen, um Systemänderungen vorzunehmen, die die Lebensqualität von Kindern verbessern.

www.peakparent.org

1-800-284-0251

Das Rechtszentrum für Menschen mit Behinderungen & ältere Menschen

Das Rechtszentrum ist ein unabhängiger gemeinnütziger Verein öffentlichen Interesses, der sich auf Bürgerrechte und Diskriminierungsfragen spezialisiert hat. Wir schützen die menschlichen, bürgerlichen und gesetzlichen Rechte von Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen, Menschen mit HIV und älteren Menschen in ganz Colorado.

www.thelegalcenter.org

1-800-288-1376

Hinweis auf verfahrenstechnische Sicherheitsmaßnahmen
Gemäß den Bestimmungen von IDEA und ECEA
Colorado Bildungsministerium
Geändert am 01.07.11